gruppe sind die Arbeiter an den Hoch- und Koksöfen die eine besonders schwere Arbeit haben und bei denen daher der Arbeitswechsel ein besonders großer war. Hier hätte Ford also aus "eschäftlichen Notwendigkeiten" die Löhne sowieso erhöhen müssen.

Ford erzielt also **drei außerordentliche Vorteile** durch die Fünftagewoche:

1. Begegnet er auf eine geschickte Weise **den wachsenden Absatzschwierigkeiten;**

2. **sind jetzt alle Arbeiter seines Betriebes darauf bedacht, Leistung und Arbeitstempo zu steigern, um in fünf Tagen den Sechstagelohn zu verdienen;**

3. **spart Ford,** wenn er es im Laufe der Zeit erreicht hat, daß in fünf Tagen die Sechstageleistung erzielt wird, alle Ausgaben an Dampf- und elektrischer Kraft, Licht, Ventilation usw. für einen ganzen Arbeitstag; er erzielt also **eine Ersparnis an laufenden Betriebsausgaben von rund 17 Proz.!**

Alle diese Merkmale des Fordschen „Fortschrittes" zeigen sich im verstärkten Maße im Berliner Ford-Betrieb. **Das Antreibesystem wird von Tag zu Tag unerträglicher.** Immer wird von den Vorarbeitern darauf hingewiesen — in jeder Abteilung —, daß die betreffenden Abteilungen der Fabriken in Barcelona und Kopenhagen das Mehrfache der hier in Berlin erreichten Leistungen erzielen und daß diese Normen auch hier erreicht werden müssen, d. h., daß auch das Band schneller laufen müßte. Drei Wochen nach Einführung der Fünftagewoche im Herbst 1926 ging die Firma sogar dazu über, bis 14 Tage vor Weihnachten nur noch vier Tage zu arbeiten. In dieser Zeit wurde auch bei den „hohen" Ford-Löhnen nicht mehr nach Hause gebracht als in sehr vielen anderen Betrieben mit Handwerksberufen.

Das besonders Charakteristische an der Fordmethode aber ist, daß er für den Lohn von 13 bezw. 15 Mark nicht nur die Arbeitskraft des Arbeiters zu kaufen beansprucht, sondern dazu noch seine Meinungsfreiheit und seinen freien Willen! Denn — ist es etwas anderes als eine brutale Unterdrückung der geringsten Meinungsfreiheit und eine gerissene Art der Beraubung selbst der wenigen Rechte, die der Arbeiterschaft in der deutschen Republik verblieben sind, wenn es der Ford-Belegschaft z. B. untersagt wird, sich einen Betriebsrat zu wählen? Und zwar aus dem Grunde, weil zu der betreffenden Betriebsversammlung nur knapp ein Drittel der Belegschaft anwesend war. Als diese Versammlung die Betriebsratswahl verlangte, erklärte die Direktion, daß ihr „ein Betriebsrat nicht erwünscht sei". Der Direktor erklärte außerdem, daß Ford so gut bezahle, und „für ein sorgenfreies Leben" seiner Arbeiter sorge, daß es gänzlich unnötig sei, daß diese sich um die Betriebsangelegenheiten selbst irgendwelche Sorgen machten. In acht Wochen würde die Belegschaft selbst einsehen, daß es gänzlich unnötig sei, einen Betriebsrat zu wählen. Denn die Forderungen der Belegschaft würden inzwischen auch ohne einen Betriebsrat erfüllt werden. In einer darauf stattfindenden Belegschaftsversammlung wurde mit geringer Mehrheit beschlossen, die acht Wochen zu warten, ob die Direktion etwa ihren guten Willen zur Tat werden ließe. Man war scheinbar noch von der Vorstellung befangen, daß Ford zum Unterschied von anderen Kapitalisten wirklich ein Unternehmer mit „gutem Willen" sei, der weniger für seinen Profit, als vielmehr für das Wohl der Arbeiter seinen Betrieb unterhalte. Aus dieser Illusion wurde man in der darauf folgenden Zeit durch die Wirklichkeit herausgerissen. Keine von den gestellten Forderungen der Belegschaft wurde erfüllt. Weder daß ein menschenwürdiger Aufenthaltsraum mit Sitzplätzen für die Mittagspause geschaffen worden wäre, noch daß der Wunsch nach Beschaffung von Getränken während der Pause und nach sonstigen sozialen Einrichtungen erfüllt worden wäre. Dafür hatte aber die Direktion 46 Mann entlassen.

Inzwischen sind die Zustände im Betrieb noch viel skandalöser geworden. **Das Spitzelsystem, die Kontrolle werden immer schärfer und strenger, immer mehr fühlt man sich im Betrieb wie in einer Kaserne aus Wilhelms Zeiten.** Macht man irgendeinen vom Vorarbeiter angeordneten Weg nicht im Galopp, so gilt dies für einen Mangel an „Tüchtigkeit" usw.

Die Lage der Ford-Belegschaft ist um so schlimmer, als Ford mit Hilfe seiner gegenüber den sonstigen deutschen Hungerlöhnen relativ erhöhten Löhne die Belegschaft zu geistiger Anhängigkeit erziehen will, sie verhindern will, von sich aus irgendwelche Rechte und Wünsche geltend zu machen, und sie so dazu zwingt, alle Schikanen und jede noch so starke Antreiberei wehrlos hinzunehmen."

Auch die Ford-Arbeiter sind nicht wehrlos, wenn sie sich in revolutionären Betriebsorganisationen zusammenschließen und so als Klassenkampfbataillone gegenüber ihrem „sozial" denkenden Ausbeuter aufmarschieren.

## Die Profite steigen, wie das Elend wächst

Mit dem Abschluß des letzten Jahres werden auch die Erfolge der Rationalisierung sichtbar. Die Bilanz der AEG. weist z. B. trotz aller Verschleierungen einen Reingewinn von 10 760 835 Mk. gegen 8 363 047 Mk. im Vorjahre aus. Es werden 7 Prozent Dividende verteilt. „Geschäftsgang und Liquidität sind befriedigend." Wie es der Arbeiterschaft in den Betrieben der AEG. ergangen ist, darüber sind treffende Beispiele in der Schrift „Rationalisierung und Arbeiterschaft" (Führer-Verlag Berlin) nachzulesen.

Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank hat als eines der größten privaten Kreditinstitute im vergangenen Jahre ein Viertel ihres Kapitals verdient. Die Summe der Hypothekendarlehen ist von 46,18 auf 132,24 Millionen gestiegen, der Umlauf an Hypothekenpfandbriefen von 44,18 auf 116,84 Millionen angewachsen. Die Einnahmen aus gewährten Hypotheken betragen gegenüber 1924 fast das Hundertzehnfache. Die Bankeinlag n haben sich von 117,47 auf 170,91 Millionen erhöht. Die A. weitung des Geschäftes kommt am besten darin zum Ausdruck, daß die Bilanzsumme von 302,17 auf 586 Millionen gestiegen ist, sich also fast verdoppelt hat. Der „Vorwärts" sagt, daß man den Reingewinn dieser Bank unter Berücksichtigung der Abschreibungen und Kapitalerhöhungen nicht auf 3,48 Millionen, wie es der Geschäftsbericht will, sondern auf mindestens 8 Millionen Mark veranschlagen muß. Es muß erschüttern", — schreibt das sozialdemokratische Blatt — „daß diese Geschäftsausdehnung um mehr als 90 Proz. nicht von einem größeren Personal geleistet worden ist. Die Bank, die gewohnt ist, das Letzte aus ihren Arbeitskräften herauszuholen, weil sie weiß, daß insbesondere für Bankangestellte auf den Straßen eine große Reservearmee wartet, hat es fertiggebracht, das verdoppelte Geschäft mit einem kleineren Personal zu erledigen: Ende 1926 wurden 1979 „Köpfe" beschäftigt gegen 2010 Ende 1925."

Der „Vorwärts" weiß seine Leser schon einzuschätzen. Er braucht nicht damit rechnen, daß jemand auf den verfluchten Gedanken kommen könnte, welche Rolle die Gewerkschaften bei diesen Vorgängen gespielt haben. Wenn sich die gewerkschaftliche Weisheit darin erschöpft, daß diese Organisationen nur stark sind, wo Konjunktur ist, d. h. wo es dem Kapital gut geht, dann ergibt sich doch für den Proleten die Frage, inwiefern die „bewährten Organisationen" hier als Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital gewirkt haben. Daß die Gewerkschaften nichts mehr „herausholen" können, dafür ist dieser Fall der Bankkonjunktur Beweis genug.

**Denkt an die politischen Gefangenen!**

## VIII. Reichskonferenz der AAUD.

**vom 15. bis 18. April 1927 (Ostern) in Berlin.**

Tagesordnung:

1. Die wirtschaftliche und politische Lage.
2. Die Taktik der AAU.
3. Die Stellung der Union zu:
   a) den „selbständigen Verbänden",
   b) der „Entschiedenen Linken",
   c) der Erwerbslosenfrage.
4. Berichte.
5. Organisatorische Aufgaben.
6. AAU. und Jugend.
7. VRUK.

Anträge und Ergänzungsvorschläge müssen spätestens bis zum 15. März dem RAA. vorliegen. Mitteilung über Tagungslokal, Delegationsmodus usw. erfolgt durch Rundschreiben.

**Berlin, 15. 2. 1927. Reichsarbeitsausschuß der AAU.**

## Aus den Bezirken

### Hamburg

**Im Hafen wird „abgerechnet".**

Die Hamburger Hafenarbeiter haben eine neue Verbandsleitung gewählt. Nach dem Radau der Stalinisten handelte es sich um eine große „Abrechnung" mit den „Verrätern" im letzten Streik. Die alte sozialdemokratische Sektionsleitung ist aber mit fast Zweidrittelmehrheit wiedergewählt worden. Wie kam das? „Nur dadurch, daß nach alter Methode jene Elemente aufgeboten werden, die in festen, gehobenen Verhältnissen stehen und in den verschiedensten, unter Leitung der Reformisten stehenden Betrieben beschäftigt sind. Man sah Leute, die nichts mit den Hafenarbeitern zu tun hatten, aber in dieser Versammlung ihr Veto abgaben. Aus den einzelnen Sektionen waren die zuverlässigen Funktionäre abkommandiert." („Hbg. Volksptg." 5. 2. 27.)

Ein Kind begreift, daß die ganze Eroberungstheorie Moskaus nicht besser als Sysiphusarbeit illustriert werden kann. Auch in der Gewerkschaft gilt eben nur bürgerliche Demokratie. Man kann diese Organisationen deshalb so wenig wie den kapitalistischen Staat „erobern". Die KPD. beruhigt ihre Schäfchen inzwischen mit dem „Erfolg", daß einzelne Branchenleitungen „erobert" worden sind und fordert zu intensivster Werbearbeit für die Gewerkschaften auf. Wenn es eine hundertprozentige Gewerkschaftssolidarität geben könnte, müßte sie sich dennoch erweisen als hundertprozentiger Klassenverrat.

### Groß-Berlin

**Erwerbslosen-Versammlung des 4. und 18. Bezirks.**

Auf der Tagesordnung dieser kürzlich stattgefundenen Versammlung stand ein Referat über die blitz-blaue Bürgerblock-Regierung, und das „Reichs-Arbeitslosen-Versicherungsgesetz", dann Arbeitslosenfragen, sowie die altbekannten Ergänzungswahlen zum Arbeitslosen-Ausschuß. Der Referent, Schönert von der KPD., zeigte den Arbeitslosen die Wirkung dieses neuen Knebelungsgesetzes, verschwieg aber, wer die Väter und Berater dieses Gesetzes sind. Seine Schlußfolgerungen waren: „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Kampf um Einführung der 42 Stundenwoche, Kampf um Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß."

Ein Drehen im Kreise. Wie der Kampf um die Beseitigung der Erwerbslosigkeit geführt wird, sieht nach den Worten des Referenten so aus: die Erwerbslosen sollen zum Reichs-Erwerbslosen-Tag im März demonstrieren für obige angeführte Punkte. Die alte Leier, würde Karl Liebknecht sagen.

Einer unserer Genossen zeigte den Anwesenden erst das richtige Gesicht derjenigen, die dieses Gesetz wieder auf die Arbeiterklasse loslassen. Er beleuchtete die Knebelung, die in dem Gesetz liegt, ferner, daß im Laufe der letzten zwei bis drei Jahre Knebelungsgesetze für das Proletariat von den Gewerkschaften ausgeheckt und von den parlamentarischen Parteien angenommen wurden. Seit zwei Jahren beschäftigen sich die Proletarier, speziell die Erwerbslosen, mit der reformistischen Taktik. Die Klassenlage des Proletariats hat sich in diesen Jahren nicht gehoben, sondern systematisch verschlechtert. Ueberall haben die Gewerkschaften und die parlamentarischen Parteien ihre Finger in solchen Gesetzen. So sehen wir, daß gerade die Gewerkschaften Klassenkampf-Organisationen des Kapitals sind: gesetzliche Organisationen im Kapitalismus, um das Proletariat niederzuhalten. Das Reichs-Erwerbslosen-Versicherungs-Gesetz ist ein Mittel, das Proletariat vollständig aushungern zu lassen. Es ist das Galgen-Gesetz des Proletariats. Deshalb gilt es zu begreifen: Man kann den Kapitalismus nicht mit Reformismus bekämpfen. Wenn man die Mißstände des Kapitalismus beseitigen will, muß man die Ursache beseitigen. Das ist der Kapitalismus selbst. Dazu ist nötig, vor allen Dingen die stärkste Stütze dieses Kapitalismus zu überrennen, das sind die Gewerkschaften. Das Proletariat muß sich auf anderer Grundlage organisieren. Es muß die Einheit auf dem Boden des Räteprinzips herstellen, indem es sich in der Klassenorganisation der Allgemeinen Arbeiter-Union organisiert. Dann erst wird der Weg frei sein zum Kommunismus. Der reformistische Weg führt in den Sumpf, er führt in die Barbarei d. h. vollständige Verelendung und Hungersterben für das Proletariat.

Nach unserem Genossen kamen einige KPD.-Genossen und versuchten, die Eindrücke der Rede unseres Genossen zu verwischen. Einer davon redete viel von „Schaufenster-Politik" der KAP. Wo er diesen Programmpunkt abgeschrieben hat, konnte er nicht mitteilen, denn im Programm der KAP. und AAU. steht davon nichts drin.

Während des Schlußwortes des Referenten machten sich einige Radau-Brüder in der Versammlung dabei und schlugen einen Genossen unter der Parole, er sei ein Stahlhelmer. Angestiftet wurde dieser Schläger sicher durch die provokatorische Redeweise des Referenten. Erst durch Zurufe ließ dieser von seinen persönlichen Argumenten ab.

Dann wurden die Wahlen zur Ergänzung des Erw. Ausschusses vorgenommen. Auch unser Genosse K. war vorgeschlagen. Als er sich darauf hin, nachdem er abgelehnt hatte, zu einer Erklärung das Wort erbat, wurde ihm dies verweigert. Das zeugt von dem Geist dieser Ausschüsse. Die übliche Resolution wurde abgestimmt und mit Mehrheit angenommen. Die Gegen-Resolution, die von unserem Gen. eingebracht wurde, ließ man unter den Tisch fallen. Echt sozialdemokratisch. Echt parlamentarisch. So sieht die Moskauer „Einheitsfront" aus. Das revolutionäre Proletariat, welches in der AAU. und KAP. organisiert ist, wird darauf antworten.

Die Resolution der AAU. und KAP. in der obigen Erwerbslosen-Versammlung lautete sinngemäß:

„Die Erwerbslosen-Versammlung des 4. Bezirks sieht in dem Reichs-Erwerbslosen-Versicherungs-Gesetz ein Knebelungsgesetz für das Proletariat. Die Väter dieses Gesetzes sind die Gewerkschaften. Diese Gebilde sind von der Klassenkampf-Organisation des Proletariats zur Klassenkampf-Organisation des Kapitals geworden. Mit ihrer Hilfe versucht die Bourgeoisie das Proletariat zu knebeln, und unter verschärfter Form auszubeuten. Die Gewerkschaften können nur noch unter Beibehaltung des Kapitalismus existieren. Das Proletariat muß deshalb, wenn es leben will, diese stärkste Stütze des Kapitals zertrümmern und unter der Parole „Alle Macht den Räten" in der Klassenkampf-Organisation der Allgemeinen Arbeiter-Union aufmarschieren.

### Düsseldorf-Ratingen

Den Parolen des Merkwürdigen-Kongresses folgend, veranstalteten die Ekkitreuen des Bezirks Niederrhein am 6. 2. in Düsseldorf eine Erwerbslosen-Bezirkskonferenz. Am Montag, den 24. 1., fand im Lokal Knops eine öffentliche Versammlung statt, auf welcher die Wahl getätigt werden sollte! Auf dieser fraglichen Versammlung war an Hand des Besuches von der im Dezember in Berlin geschmiedeten „Einheitsfront" wenig zu sehen. Wohl war der theoretische Inhalt der Versammlung durch das Referat des Referenten Nix aus Düsseldorf einheitlich, so daß der Merkwürdigen-Kongreß in folgendem richtig zum Ausdruck kam. Welches auch die Rolle der wirklichen Phraseure, die sie mit dem Proletariat spielen, zeigte. Im Laufe der Ausführungen (ganz abgesehen von der anderen Wald- und Wiesenrede) sagte der Nixenkönig: **setze die Hoffnung in das deutsche Volk** usw., wunderbar, das 1914 der KPD. herausgeschälte **deutsche Volk.** Zählt auch der Ober-Oberbürgermeister Lehr von Düsseldorf zu dem Volk, auf welches der Referent seine Hoffnung setzt? Der Begriff Proletarier ist im Katechismus der Ekkitreuen nicht zu finden. Dieses bestätigt noch eine Stilblüte aus seinem Munde: **„Die Ekkigetreuen Genossen werben verkehrt, wenn sie unter den Christlichen oder Katholischen die Arbeiter fragen, an welchen Gott sie glauben. Im Elend ziehen wir alle an einem Strick, da muß ein jeder in die Einheitsfront, ganz gleich, welchen Glaubens."** Was, da staunt man? Die Kuttenhengste vom Schlage Vitus Heller, welcher am Sonntag, den 16. 1., den mit der russischen Pudelmütze bekannten Heckert sprechen sollte, empfiehlt man offen als Bundesgenossen. Es ist schon zu Wilhelms Zeiten so gewesen, wo der Nationalismus sich auswirkt, da müssen die Pfaffen die Waffen segnen — heute vielleicht die Sowjetgranaten.

Trotz dieser hier aufgezeigten markanten Stellen aus dem Referat waren die Anwesenden wirklich ekkitreu, keiner bellte, denn es waren gut geschätzt nur 100 Personen anwesend, darunter das ganze Rollkommando der KPD. So glaubte der Versammlungsleiter, daß alles sang- und klanglos hingenommen würde, indem er einen langen Schmuß machte von den wunderbaren Ausführungen des Referenten. Aber es waren doch „Nörgler" da. Es meldeten sich zwei Genossen der BO. Der Versammlungsleiter frug den Genossen der EL., welcher als erster sich gemeldet hatte, ob sein richtiger Name es sei. Der Genosse hatte nur seinen Vornamen abgegeben. Der Referent sagte kein Wort, trotzdem er den Genossen persönlich kannte. Dies sollte natürlich auf die Anwesenden wirken, und es wirkte auch. Trotzdem mußten sie durch die weiteren Ausführungen des BO.-Genossen hartes Tatsachenmaterial hinnehmen.

Unter Zugrundelegung sämtlichen Originalmaterials aus dem Reichstag über die Bewilligung der 10 Prozent für Hindenburg, sowie über den 4. August, Zetkinrede, hagelte es Hiebe. Im Schlußwort wich der Referent sowie die Versammlungsleitung vor der Wahl einer Kommission zur Prüfung des Materials aus. Schadet aber nichts. Der Funke, welcher in Ratingen gelegt ist, soll nicht erlöschen; er hat lange nur geglimmt, in nächster Zeit wird er zur Flamme. Schon dieser kleine Funke hat seine Wirkung. So steht im Bericht der „Freiheit", Organ der KPD. vom Niederrhein, vom 27. 1., Nr. 22: „In der Diskussion meldeten sich 2 Elemente zum Wort, welche in Düsseldorf als Wirrköpfe und Marodeure sattsam bekannt und nach Ratingen gekommen sind um auch dort ihre Zerstörungs- und Spaltungsarbeit unter den Arbeitern aufzunehmen, usw. Der Referent stauchte sie dermaßen zurecht (furchtbar!), daß sie hoffentlich nicht so rasch mehr nach Ratingen kommen."

Ihr ruhigen Sofakommunisten von Ratingen, es kommt anders als Ihr denkt. Die „Elemente" und „Marodeure" kommen sehr bald mit einer eigenen öffentlichen Versammlung nach Euch, wo die Sowjetgranaten platzen und die BO.-Bomben gelegt werden. Sichert Euch wir kommen!

## Mitteilungen

### Reich

**Achtung! Reichsumlage!**

Zur Finanzierung der bevorstehenden Reichskonferenz erhebt der RAA. für die 7. und 8. Beitragswoche eine Umlage von 50 Pf. pro Mitglied und Woche. Die erste Rate ist in der jetzigen Woche fällig und wird um schnellste Abrechnung ersucht.

**An die Ortsgruppen der AAU.**

Die neue Agitationsbroschüre „Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union ist soeben erschienen und von den Ortsgruppen der AAU. beim RAA. zu bestellen. Der Verkaufspreis der Broschüre beträgt 15 Pfennig.

Wir ersuchen, rückständige Zeitungsgelder umgehend abzurechnen, damit keine Schwierigkeiten für die Herausgabe der Presse entstehen.

**KAP. und AAU. Chemnitz.**

Am 25. 2., abends ½8 Uhr, in „Arbeiterbörse", Hainstraße

**Oeffentliche Diskussion.**

Thema: „Der Weg der KPD."

Besonders eingeladen sind Genossen der KPD. und des RFB.

**Benrath.**

Freitag, den 25. Februar 1927, abends 7 Uhr, im Lokal Pöll Holthausen, Heyerstraße 41.

**Oeffentlicher Diskussionsabend.**

Thema: „Die Wahrheit über die Sowjetgranaten"! Sympathisierende sind hierzu eingeladen. Freie Aussprache.

### Groß-Berlin

**Wochenbeiträge.**

In der 7. Woche (13. bis 19. Februar 1927) betragen die Beiträge — einschließlich 50 Pfg. Umlage für die Reichskonferenz — **1,30 Mk., 1,50 Mk.** und **1,80 Mk.** Arbeitslose 10 Pfg.

**Schöneberg.**

Am 24. Februar 1927, abends 7.30 Uhr, im Lokal von Schünemann, Sedanstraße 19-20.

**Oeffentlicher Diskussionsabend.**

Thema:

Die Klassen in der bürgerlichen Wirtschaft.

Arbeiter, erscheint zahlreich.

11. Unterbezirk.

**17. Bezirk (Lichtenberg).** Am Freitag, den 25. Februar 1927, pünktlich 8 Uhr abends: **Oeffentliche Mitgliederversammlung** im Lokal Bartsch, Neue Bahnhofstr. 20. Thema: „Staat und Revolution." Genossen, macht rege Propaganda.

Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin N.
Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17.

# Der Kampfruf

**Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union**

**(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)**

Jahrgang 8, Nr. 8 — Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13 — Preis 15 Pfennig

## Kompromiß in Sachsen

**Ein Pyrrhus-Sieg der Burgfriedens-Gewerkschaften. Die kapitalistische Hungeroffensive geht weiter!**

Die reformistische Politik, der Klassenkampf „auf höherer Stufe", hat einen epochemachenden Triumph zu verzeichnen. Im Dresdener Arbeitsministerium haben die Gewerkschaftsbonzen am 21. Februar mit den sächsischen Metallindustriellen zehn Stunden lang um die Beilegung der Differenzen in Leipzig geboxt — und endlich „den Achtstundentag praktisch errungen". Dieser Sieg besteht im wesentlichen in folgender neuen Vereinbarung für die Leipziger Metallindustrie: „Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es unbedingt erfordern, kann von der Betriebsleitung im Benehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung die **Arbeitszeit bis zu 51 Stunden in der Woche** verlängert werden. **Mehrarbeit über die 51. Stunde hinaus ist** mit der gesetzlichen Betriebsvertretung **zu vereinbaren."**

Der „Gewerkschaftserfolg in Sachsen", den der „Vorwärts" in fetten Lettern verkündet, sieht also folgendermaßen aus: Erstens kann von dem „praktisch errungenen Achtstundentag" absolut keine Rede sein, denn die Zulässigkeit von Ueberstunden ist ausdrücklich anerkannt und dies trotz der herrschenden Massenarbeitslosigkeit. Zweitens: Was die „wirtschaftlichen Verhältnisse" und das Einverständnis des Betriebsrates als Voraussetzung zur Verlängerung der Arbeitszeit anbetrifft, so beweist doch die jahrelange Praxis in dieser Beziehung zur Genüge, daß es den Unternehmern ein Leichtes ist, die famosen Betriebsräte von der „wirtschaftlichen Notwendigkeit" der Mehrarbeit zu überzeugen. Wer sich im Kampfe gegen die Ueberstundenseuche heute noch auf die gesetzlichen Schwindelräte — deren heiligste Aufgabe doch gerade die Hilfeleistung beim kapitalistischen „Wiederaufbau" ist! — verläßt, der ist wirklich verlassen genug. Drittens verlangen die Gewerkschaften selbst von den Schlichtungsbehörden „kein einseitiges Eingreifen zugunsten der Arbeiterschaft", was bedeutet, daß sie in der Frage der Arbeitszeit nach wie vor den aus dem kapitalistischen Konkurrenzkampfe sich ergebenden Lebensnotwendigkeiten der Profitwirtschaft Rechnung tragen. Viertens ist der soziale Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Schiedsspruch für die Leipziger Metallarbeiter zu geringfügig, daß nur Narren oder politische Betrüger in dem jetzigen Kuhhandels-Ergebnis einen realen Erfolg für die Proletarier erblicken können.

In einem anderen Sinne können die Gewerkschaften allerdings einen nicht zu unterschätzenden Erfolg verzeichnen. Sie haben den Streik der Leipziger Metallarbeiter in ein Fahrwasser leiten können, wo er nicht zum proletarischen Massensturm gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung umschlagen kann. Die Amsterdamer „Klassenkämpfer" stellten sich wie gewöhnlich nur „an die Spitze" einer Streikbewegung, um dieselbe zu einem für den Bestand des kapitalistischen Systems ungefährlichen Abschluß zu führen. Und daß die Gewerkschaften diese Nadelstichtaktik auch nach Beginn der Gesamtaussperrung der sächsischen Metallarbeiter nicht aufgeben würden, stand für jeden urteilsfähigen Proletarier außer jedem Zweifel. Klar und eindeutig schrieb der „Vorwärts" am 19. Februar, nach der Herausgabe der Aussperrungsbefehle durch die Vereinigung der sächsischen Metallindustriellenverbände: „Die Gewerkschaften werden gewiß nicht leichten Sinnes und unüberlegt sich in Kämpfe begeben, deren Ausgang und Tragweite niemand absehen kann." Das heißt in verständlicherem Deutsch: Die Gewerkschaften sind entschlossen, all ihre Kräfte einzusetzen, um die Entwicklung eines lokalen Berufsgruppenstreiks zur umfassenden proletarischen Massenaktion zu verhindern. Dieser Versuch, den Funken der Empörung nicht zur revolutionären Flamme auflodern zu lassen, ist den Gewerkschaftsinstanzen in Leipzig gelungen. Sie isolierten die streikenden Metallarbeiter durch die berüchtigte Bremsmethode „Gewehr bei Fuß", sie kämpften nur um eine neue Gelegenheit zum Kuhhandel und jetzt, wo diese da ist, retten sie ihre bedrohten Kassen schleunigst durch den Pyrrhus-Sieg eines erbärmlichen Kompromisses. Die Gewerkschaftsbesitzer wissen die neue Vereinbarung, die sie ja selbst als einen „Erfolg" betrachten den Streikenden zur Annahme empfehlen. Für sie ist die Bewegung der Leipziger Metallarbeiter beendet, der Kapitalismus und seine „Wirtschaftsdemokratie" ist wieder mal aus einer Gefahrenzone herausgehauen — denn die zu erwartende Verbindlichkeitserklärung des neuen Schiedsspruches legt den Gewerkschaftsführern die Pflicht auf, die rebellierenden Lohnsklaven schnellstens wieder in die Betriebe zu jagen.

In Sachsen hat der konterrevolutionäre Geist der Burgfriedens-Gewerkschaften nochmals über den Geist des revolutionären Klassenkampfes triumphiert,, weil die proletarischen Massen nicht das Gebot der Stunde erkannten. Doch die Verelendungsoffensive der Kapitalisten gegen die Arbeiterschaft geht ungehindert weiter. Die Holzarbeiter Württembergs sind ausgesperrt, die Gesamtaussperrung der schlesischen Textilsklaven steht bevor. Ueberall greift das Ausbeutertum an und stellt die Proletarier immer unausweichlicher vor die Alternative: Entweder mit den Gewerkschaften und ihren Moskauer Zutreibern den Marsch ins Elend hundedemütig fortzusetzen, oder unter den Losungen der AAU. die revolutionäre Klassenoffensive gegen die kapitalistische Gesellschaft und ihre gewerkschaftlich-parlamentarischen Stützen zu ergreifen!

# Unionisten, vor die Front!

Nach jahrelangem „Aufbau", „Abbau", „Wiederaufbau", nach jahrelangem geduldigem Hoffen steht das Proletariat vor den letzten Ergebnissen der „Wirtschaftsdemokratie". Es steht vor dem „Bürgerblock" und unter den Schlägen der Schlichtungspeitsche, es steht vor der ehernen Tatsache, daß sein Kampf bestimmt wird von den Regierern der Ausbeuterrepublik selbst. Das Kapital hat die Schlichtungsgesetze in eine Waffe der Diktatur über das Proletariat verwandelt. Der Weg der Gewerkschaften führte zu einer völligen Auslieferung des Proletariats an seinen Klassenfeind, und doch kann die kapitalistische Wirtschaft die Meuterei der Sklavenbataillone nicht verhindern. Der Druck erzeugt bereits den Gegendruck. Die „Stabilisierung" schafft selbst die Kräfte, die sie erschüttern. Der Funke des Klassenkampfes sprüht aus den sozialen Gegensätzen. Eine neue Etappe in der deutschen Arbeiterbewegung beginnt.

Die Gewerkschaften „wollten" eine „Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen". Aber sie „wollten" sie unter **kapitalistischen** Bedingungen. Ihre Parole war: „Ordnung, Ruhe, Nur Arbeit kann uns retten." Sie haben die ersten kühnen Vorstöße des Proletariats blutig unterdrückt, und haben den Weg freigelegt für den kapitalistischen Aufbau. Heute reifen die Früchte dieser Politik.

Der Kampf um „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen" fand seinen realen Ausdruck in der Forderung: **Mehr Arbeit für die deutsche Wirtschaft.** Er fand seinen weiteren Ausdruck in der Forderung: **Wirtschaftsdemokratie,** d. h. Burgfrieden. Er fand seinen Ausdruck in der Forderung: Vernünftige Rationalisierung. Kurz, der Kampf der Gewerkschaften war ein Kampf um die Durchsetzung **kapitalistischer Notwendigkeiten.** Er war ein Kampf darum, dem Kapital die volle Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel auszuliefern. Er war ein Kampf um die „Völkerverständigung", d. h. um die internationale Verständigung des Kapitals gegen das Proletariat. Die Durchsetzung aller dieser kapitalistischen Forderungen mußte naturnotwendig die Macht der kapitalistischen Klasse selbst stärken. Die internationale Verständigung bewies bereits, daß das englische und französische Kapital das deutsche Kapital als ebenbürtigen Vertragskontrahenten anerkennt. Damit auch der Humor zu seinem Rechte kommt, erklären die Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien, daß die „Bürgerblockregierung" eine „außenpolitische Gefahr" sei. Daß ein Arbeiter auf den Gedanken käme, daß diese Bürgerblockregierung nur die politische Seite der wirtschaftlichen Verständigung und somit der Schlußstein der „Wirtschaftsdemokratie" selbst ist, daran haben die Gewerkschaften natürlich nicht gedacht.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß sämtliche Parolen der Gewerkschaften in Wirklichkeit nur dem Verlangen der kapitalistischen Appetite Rechnung trugen. „Erst mehr Arbeit, und dann „Gesundung der Wirtschaft". „Erst Ruhe und Ordnung, und dann „Sozialismus". „Erst Rationalisierung, und dann für das Proletariat die Früchte". So haben die Gewerkschaften unter der Maske des Kampfes um „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen" das Proletariat dem Kapital ausgeliefert, haben demselben Kapital die Schlichtungspeitsche in die Hand gedrückt, sind zu ebenbürtigen Vertragskontrahenten geworden; sind dem deutschen Kapital im englischen Bergarbeiterstreik helfend zur Seite gesprungen durch die Organisation des Streikbruchs — und nach all diesen Versuchen, den Kapitalismus „gesund" zu machen, damit derselbe dem Proletariat endlich einmal „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen" geben kann, ist die Kehrseite der Medaille eine **Dauerarbeitslosigkeit** von Millionen, ein ständiger Druck auf die in den Betrieben Stehenden durch diese industrielle Reservearmee, und ein erneuter Angriff auf die Hungerration der Arbeiterklasse. Der offene Bankrott der wirtschaftsdemokratischen Gewerkschaftspolitik kann keinem denkenden Arbeiter mehr verborgen bleiben.

Die eherne Tatsache, daß die kapitalistische Warenwirtschaft sich nach ihren eigenen Gesetzen entwickelt, bleibt eben trotz der Stumpfsinnigkeit der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien eine Tatsache. Diese Stumpfsinnigkeit findet ihren prägnantesten Ausdruck in der Forderung, das Kapital müsse in seinem eigenen Interesse höhere Löhne geben, damit so durch diese vermehrte Kaufkraft eine verstärkte Nachfrage nach Waren und damit eine Belebung der Produktion geschaffen würde. Auf eine einfache Formel gebracht, brauchte also das Kapital nur jedem Proletarier einen Hundertmarkschein wöchentlich in die Hand drücken und die kapitalistische Krise wäre beseitigt. Man muß sich wirklich wundern, daß eine solche „Weltanschauung" von Max und Moritz heute noch das Programm eines großen Teiles von Proletariern bilden kann.

Die Allgemeine Arbeiter-Union, deren Programm aus den Erfahrungen der Revolution und der Einsicht in die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung geboren ist, muß mit verstärkter Aktivität auf den Plan treten, um die heutige Lage in ihrer ganzen Furchtbarkeit, aber auch in ihrer revolutionären Perspektive in die Hirne der Arbeiter zu hämmern. **Die Stunde der Allgemeinen Arbeiter-Union ist gekommen,** weil sie kommen mußte. Wohl konnten die Moskauer Parolen die Union in ihrem Marsche aufhalten, aber auch hier zeigt sich, daß die materiellen Verhältnisse stärker sind als das mißbrauchte Prestige der längst liquidierten russischen Revolution. Der jetzt entbrennende Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird zur Achillesverse der gesamten Gewerkschaftspolitik und ihrer Zuhälter werden.

Die kapitalistische Rationalisierung ist nicht nur eine nationale, sondern eine internationale Erscheinung. Sie zieht alle kapitalistischen Produktionskräfte in ihren Bann und läßt sie einen wilden Tanz um den Weltmarkt aufführen. Die Rationalisierung ist das Mittel und zugleich die weitere Folge des Kampfes um den Weltmarkt, die Voraussetzung für ein Bestehen dieses Konkurrenzkampfes ist die Rationalisierung in Permanenz. Die Rationalisierung wird zu einer Schraube ohne Ende aus dem Grunde, weil der kapitalistische Markt nicht erweitert werden kann. Der Widerspruch zwischen der erweiterten Produktionsbasis und dem sich immer mehr verengernden Weltmarkt wird immer größer. Die Rationalisierung selbst wird zu einem Mittel, um diesen Gegensatz auf die Spitze zu treiben. Die sozialen Folgen der Rationalisierung wachsen automatisch mit ihrer Verschärfung.

Das Problem, vor dem das deutsche Kapital steht, ist die Rationalisierung seiner sogenannten „sozialen Fürsorge". Rationalisierung heißt „Vernünftigmachung". Die Millionen aber, die das Kapital für die arbeitslosen Massen geben muß, sind vom kapitalistischen Standpunkte Gelder für unproduktive Zwecke. Rationalisierung heißt „Verbilligung der Produktion". Zur Produktion gehört allerdings nicht alleine die Wirtschaft, sondern dazu gehört auch der Staatsapparat, die Polizei, die Justiz, die Bürokratie. An diesen Dingen läßt sich aber angesichts des immer stärker werdenden Druckes auf die Arbeiterklasse nicht gut sparen. Sparen kann man nur da, wo diese Sparsamkeit eine Abstreichung an unproduktiven Ausgaben bedeutet. Man muß sparen, indem man den überflüssig gewordenen Fressern die Bettelpfennige streicht bzw. kürzt. Dadurch erreicht man zu gleicher Zeit eine erhöhte „Arbeitsfreudigkeit" und einen verstärkten Druck auf die noch in den Betrieben stehenden Lohnsklaven. Der Abbau der sogenannten sozialen Fürsorge ist ein absoluter Bestandteil des Gesamtprozesses der Rationalisierung selbst. Natürlich bedarf es dazu einer ziemlichen Kraftanstrengung. Aber nur von die-

sein Gesichtspunkt aus kann man die tatsächliche Politik der Gewerkschaften beurteilen. Es ist dies im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft genau so notwendig, wie die Mehrarbeit, die Ruhe und Ordnung, der Streikbruch im englischen Kampf, denn ohne diese konsequent durchgeführte Rationalisierung unterliegt das deutsche Kapital in seinem Kampfe auf dem Weltmarkt, und wer den Aufstieg des Kapitalismus will, der muß ihn wollen mit allen seinen Konsequenzen. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten auch diesen Sparmaßnahmen nicht den geringsten Widerstand entgegensetzen werden. Ihre „Aktion" ist nur darauf berechnet, dem Kapital zum Bewußtsein zu bringen, daß eine allzuscharfe Anspannung des Bogens die Ruhe und Ordnung stören könnte. Kämpfe auslösen könnte, über die die Gewerkschaften evtl. die Gewalt verlieren würden: denn ein wirklicher Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus würde eine starke Störung sowohl der kapitalistischen Produktion im Gefolge haben und damit eine Verminderung ihrer Konkurrenzfähigkeit, als auch den kämpfenden Massen zum Bewußtsein bringen, daß der Kampf der Gewerkschaften um „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen" eine elende Phrase ist, daß dieselben vielmehr in dem den Proletariern aufgezwungenen Kampf konsequent jenseits der Barrikaden stehen würden, wie in jeder entscheidenden Situation. Diese Politik der Gewerkschaften, die einen Kampf vortäuscht, der nur auf eine Zermürbung der proletarischen Kräfte gerichtet ist, der nur die Rebellion auffangen soll, um sie in lokalen Streiks abzutöten, ist in Wirklichkeit nur das Sicherheitsventil an dem mit Explosivstoff geladenen kapitalistischen Kessel.

Diese kapitalistische Entwicklung und ihre Folgen auf die Arbeiterklasse werden die Proletariermassen unbedingt in Bewegung bringen. Der mitteldeutsche Streik ist die erneute Aufbäumung gegen den Versuch der absoluten Unterwerfung. Die weitere Entwicklung bringt notwendig auch eine weitere Verschärfung der Klassengegensätze mit sich. Der Kampf gegen die mörderischen Folgen des kapitalistischen Aufbaues wird zu einem **Machtkampf von Klasse zu Klasse**, und dieser Machtkampf muß die Zwirnsfäden der „Wirtschaftsdemokratie" zerreißen. In diesem Kampfe werden die Gewerkschaften selbst von den Massen angegriffen werden, die bis dahin die Politik der Gewerkschaften noch nicht durchschauten. Schon antwortet das Kapital auf die Regungen der Arbeiterklasse mit Massenaussperrungen und kündigt den Burgfrieden. Vor dem deutschen Proletariat steht erneut die Frage, mit welchen Mitteln und Methoden, mit welcher Taktik es antworten soll. Der Charakter dieser Auseinandersetzung zwingt das Proletariat, die „Tariftreue" in die Rumpelkammer der Geschichte zu werfen. Die kapitalistische Gesetzlichkeit wird zu einer vollkommen unerträglichen Fessel, der konterrevolutionäre Boden wird revolutionär.

Die Union mußte naturnotwendig die Periode abwarten, in der die Arbeiterklasse durch den lebendigen Anschauungsunterricht überzeugt wird, daß der kapitalistische Aufbau und die kapitalistische Wirtschaftsdemokratie in den Abgrund führen. Das hat die AAU. keinen Augenblick gehindert, immer und in jedem Augenblick bereit zu sein. Die theoretische Verarbeitung praktischer Erfahrungen setzt sie heute in den Stand, die Massenkämpfe des Proletariats da aufzufangen, wo die Stichflamme dieser Kämpfe die kapitalistische Gesetzlichkeit durchbrennt. Die Union wartet nicht auf die Revolution, sondern hat begriffen, und, soweit das nicht der Fall ist, wird sie begreifen lernen, daß Revolutionen nicht „gemacht" werden können und dennoch gemacht werden müssen. D. h., die Union wird praktisch in diese Konflikte eingreifen, wird dem Proletariat seine Taktik, seine Organisation als eine Lebensnotwendigkeit für die Revolution demonstrieren, indem sie dem Proletariat seine eigenen Erfahrungen zum Bewußtsein bringt. Die Union wird und muß das Wort: „die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein", in den Kämpfen des Proletariats selbst zu verwirklichen suchen.

Denn so richtig es ist, daß nur der Kommunismus ein Ausweg aus dem Chaos ist, so richtig ist es wiederum, daß der Kommunismus erkämpft werden muß.

Daraus ergibt sich, daß die Parole: „Schafft Unionen" im Zusammenhang mit den Kämpfen der Arbeiterklasse selbst eine lebendige Begründung erfahren muß. Unionen, als die natürlichen Reservoirs der durch den Verrat der Gewerkschaften aus der gewerkschaftlichen Hürde ausbrechenden Proletarier, die bereit sind, ihre eigenen Geschicke n die Hand zu nehmen. Die Union kann sich nicht den Luxus leisten, eine Reifeprüfung der einzelnen Arbeiter, die die Gewerkschaften verlassen, vorzunehmen, sondern der Platz eines jeden Arbeiters, der begriffen hat, daß die Gewerkschaftspolitik in der heutigen Epoche zu einem Genickfang für die Arbeiterklasse wird, ist in der Allgemeinen Arbeiter-Union. Die Kämpfe von Klasse zu Klasse werden dem Proletariat lehren, daß die Klassensolidarität selbst die Voraussetzung einer wirklichen Massenaktion ist, und daß die Tarifpolitik der Gewerkschaften die proletarische Klassensolidarität zerreißt dadurch, daß die Arbeiter je nach Beruf zeit- und pfundweise an die verschiedenen

**Mittwoch, den 2. März 1927, abends 7,30 Uhr,**
**in den Concordia-Sälen, Andreasstraße 64:**

## Funktionär-Konferenz der AAU. Berlin

Tagesordnung:
**Die VIII. Reichskonferenz der Union.**

Das Erscheinen aller Unions-Funktionäre ist dringend notwendig.

Kapitalsgruppen verkauft und so zur Aktionsunfähigkeit verdammt werden.

Ausgehend von dem Grundsatz, daß die wirtschaftlichen Kämpfe größeren Ausmaßes in der heutigen Situation sofort in politische umschlagen, muß die Union alles versuchen, solche Massenkämpfe den Gewerkschaften zu entreißen, ohne daß sie auch nur einen Augenblick irgend welche Illusionen unterstützt. Indem sie ständig betont, daß die Stoßkraft der Proletarier auf den Sturz der kapitalistischen Ordnung gerichtet sein muß, darf sie dennoch nicht vergessen, daß die Arbeiterklasse nur aus ihren eigenen Erfahrungen lernt. Die Union wird in den Massenkämpfen des Proletariats wachsen, sie wird gemeinsam mit dem Proletariat siegen — oder sie ist nicht.

Die Erkenntnis, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Resultat von den Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse selbst ist, macht die Union immun vor allen utopistischen Spekulationen. Der „Gedanke" der sogenannten Einheitsorganisation ist das Gift, das aus der Passivität müde gewordener Arbeiter fließt. Der sogenannte „Spartakusbund", der im wahrsten Sinne des Wortes eine politische Sekte darstellt, kann die Frage der Massenaktion deswegen nicht lösen, weil er auf eine nicht vorhandene Spontanitätstheorie spekuliert und es ablehnt, die Organisation der proletarischen Klasse als notwendig anzuerkennen. Massenaktion bedeutet Organisation der Massen, allerdings nicht Massen um jeden Preis. Aber die Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt, daß das kämpfende Proletariat als organisierte Klasse kämpft. In der Epoche der proletarischen Revolution selbst bedeutet jede Verleugnung der Klassenorganisation Helfersdienste für die Konterrevolution, bedeutet die bakunistischen Schrullen, daß ein Vortrupp die Revolution für die Klasse schlagen könnte, von neuem aufzuwärmen. Die Klassenverhältnisse, sowie die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse haben keine Aenderung erfahren in dem Sinne, daß sie die Streichung der Klassenorganisation rechtfertigen. Gerade in der Epoche der proletarischen Revolution muß der Gedanke der organisierten Massenaktion in das Bewußtsein der Arbeiterklasse eingegraben werden.

Erst durch die organisatorische Unterbauung werden die aus den Betrieben entstehenden Räte gestützt werden können. Aber Räte aus der blauen Luft und ohne den Versuch der revolutionären Arbeiter, die Klassenkämpfe organisatorisch zu verankern, heißt, die Revolution zu einem leeren Gerede machen.

Die Allgemeine Arbeiter-Union sieht sehr wohl, daß die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen Schwankungen unterworfen ist, daß noch mehr als eine Niederlage kommen wird, noch öfter als einmal pazifistische Strömungen oder reformistische Verirrungen an die Oberfläche drängen. Aus diesem Grunde anerkennt sie die Organisation der revolutionären antiparlamentarischen Partei neben der Klassenorganisation. Es ist ganz charakteristisch, daß all jene utopistischen Spekulanten konsequent bei der Verleugnung der Massenaktion selbst landen müssen in dem Moment, wo sie die Massenorganisation ablehnen. Aus dieser Ideologie spricht in Wirklichkeit eine Verachtung der Revolution. Die Ausrede, daß alle Arbeiter in eine Einheitsorganisation gesammelt werden müssen, schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß dadurch die einzelnen revolutionären Kräfte atomisiert würden. Die Ablehnung der Kollektivarbeit der Partei der bewußten Kommunisten, die die Einsicht in die Bedingungen der Revolution vor dem übrigen Proletariat voraus haben, verurteilt diese Einheitsorganisation zur Aktionsunfähigkeit. Ihre Politik kann nur eine sektiererische sein. Sie kann ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse nicht lösen und muß aus diesen Gründen Schiffbruch erleiden. Dadurch, daß diese Theorie der Einheitsorganisation nicht die konzentrierte Erfahrung der Klassenkämpfe ist, sondern das Produkt von Phantasten, wird die Frage des revolutionären Kampfes verschoben. Das zeigt sich ganz klar bei der Einheitsorganisation, die dieses organisatorische Rezept als eine Zauberwurzel anbetete. Als jedoch Erfolge ausblieben, wurden andere Rezepte ausgegrübelt. Man kam auf den „genialen" Gedanken, daß die Organisation an sich die Klasse spaltet und daß deshalb jede Organisation zertrümmert werden müßte. So ist die Theorie dieses künstlich aufgebauten „Spartakusbundes" in Wirklichkeit weiter nichts, als der Versuch einer theoretischen Rechtfertigung des Indifferentismus und der passiven Verfaulung in abgeschmackter Schöngeisterei.

Die AAU. hat diese Kinderkrankheiten überwunden. Sie steht den Kämpfen der Arbeiterklasse gerüstet gegenüber. Die ehrlichen Elemente innerhalb der KPD. stoßen bereits zu uns. Die Union muß alles versuchen, um diesen Arbeitern die Plattform zu bieten, auf der sie den Kampf aufnehmen können gegen die konterrevolutionäre Einheitsfront Moskau—Amsterdam. Vor den ehrlichen Arbeitern innerhalb der KPD. steht die Frage: Entweder mit der Union und durch die Union die schwarzrotgoldene Einheitsfront zu durchbrechen, oder ihr Kampf gegen Moskau ist zur Unfruchtbarkeit verdammt. Die Einheitsfront Moskau—Amsterdam zeitigt bereits die letzten Konsequenzen. Die „Rote Gewerkschaftsinternationale", einstmals die Hoffnung all der Arbeiter, deren Fluch Amsterdam galt, hat ihre Fahne eingezogen. Das Militärbündnis Moskaus mit der deutschen Reichswehr ist der Schlußpunkt unter eine Politik, die das deutsche und internationale Proletariat jahrelang irreführen konnte. Die Masken sind gefallen. Die deutsche Arbeiterklasse fängt bereits an, genau wie im imperialistischen Kriegsgemetzel, gegen ihr eigen Werk zu rebellieren. Die Dialektik der geschichtlichen Entwicklung tritt als Lehrmeister auf die politische Bühne. Die Frage des Kampfes um „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen" ist zur Frage der Generalauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit geworden.

Macht euch fertig zu neuen Kämpfen: schaut unerschrocken den Konsequenzen dieser Kämpfe ins Gesicht: macht euch fertig, die Produktion zu übernehmen; schmiedet an den Waffen der proletarischen Diktatur — das ist heute die Parole des Tages.

Die kommende Reichskonferenz der AAU. wird alle Kräfte mobilisieren und begreifen, daß die Stunde der AAU. gekommen ist, weil die proletarische Revolution bereits wieder neue Kräfte aus dem Boden saugt, um sich erneut dem Gegner zu stellen.

In diesem Sinne: Unionisten vor die Front!

## Aus dem russischen Arbeiterstaat

(Schluß.)

Durch die Schlafräume für Männer gelangt man in die Abteilung für Frauen. Vor der Tür hängt ein Schloß. Für die Nacht werden die Frauen eingeschlossen. Die Aufseherin überzeugt sich von Zeit zu Zeit, ob auch die Tür verschlossen ist oder ob . . .

Wer verbringt die Nacht hinter diesem Schloß? Die Verstoßenen — das sind die Bewohnerinnen des Nachtasyls für Frauen. Jede hat ihr Drama, ihre Tragödie. Meist sind es junge, während der Schwangerschaft von Männern verlassene Frauen. Im Asyl erwarten sie die Geburt. Wo sollen sie sonst hin? Hier bleiben sie mit dem Neugeborenen, sofern es nicht in einem Kinderhort untergebracht werden kann. Sich vom Kindchen trennen — oder . . .

„Zum Beispiel: aussetzen", bemerkt eine.

Viele Frauen leben hier mit ihren Kindern, mit ihren Säuglingen. Schwangere und bereits mit Kindern gesegnete. Die Mutter nährt ihr Kleines und plaudert gelassen. Lebte in der Provinz. Der Mann ging nach Moskau. Schrieb nicht mehr. Sie fuhr ihm nach, ihn zu suchen, denn die schwere Stunde nahte. Wo mag er nur sein? Sie weiß es nicht. Und so gebar sie im Nachtasyl . . .

Ihre Nachbarin hat es besser, deren Kind ist im Kinderhort. Beide suchen Beschäftigung, helfen einander. Sie fanden sich im gemeinsamen Leid.

Gegenüber hockt ein blendend schönes Mädchen, siebzehnjährig. Schwarze, lange Zöpfe ringeln sich auf ihrem Rücken. Ein weißes, einst schönes Kleid hängt in Fetzen herunter. Die ehedem schmucken Pantoffeln sind längst abgetreten, zerrissen, mit Bindfaden gebunden. Sie liest ein Buch. Bereitwillig gibt sie Auskunft. Tochter eines sibirischen Goldindustriellen. Lebte letztens vom Schokoladenhandel. Seit August handelt sie nicht mehr. „Warum?" „Sehen Sie das nicht? Schwanger im neunten Monat. Mein Mann verließ mich." Sie lebt jetzt davon, was ihr die Bekannten ihres Vaters geben. Ihre Mutter wohnt in Moskau. „Warum sind Sie nicht bei der Mutter?" Sie schweigt.

„Na, was machts!" tröstet die sie Nachbarin, eine alte, auf der Reise nach Palästina steckengebliebene Jüdin. „Was machts, wenn auch dein Vater reich war! Auch ich war nicht arm. Alles hatte ich. Gott sei dank! Man bestahl mich — Gott wolte es. Man bestahl mich just auf der Reise nach Palästina. Egal. — Gott wird mir schon helfen!"

Dem Gespräch hört eine dritte zu. Die Haare nach hinten gekämmt. Blaues Kleid. Offenes Gesicht. „Und wer sind Sie?" „Arbeitslos, handle mit Büchern. Neunzehn Jahre." Ihre „Ware" liegt unterm Kissen.

Eine andere: Bubikopf. Tiefliegende, mit erkaltetem Stolz blickende Augen. „Warum sind Sie hier?" „Darum, weil ich keine Arbeit habe, weil zu Hause kein Platz für mich ist." „Verheiratet?" „Ledig. Ist das nicht gleich?"

An die Reihe kommt ein Backfisch, mit Lumpen bedeckt, mit schweifendem Blick und wirrem Haar. Bei unserem Erscheinen flüchtet die Kleine mit wildem Gekreisch. Die Freundin bringt sie zurück, nötigt sie ins Bett, deckt sie zu, beruhigt sie und plaudert mit ihr. Woher kommen die beiden? Wer sind sie? Welchen Weg wandeln diese zwei Wesen?

Im gegenüberliegenden Winkel hausen zwei andere. Der Weg ihres Lebens ist gleich erkennbar. Sie haben sich verabredet. Kennen ihr Alter nicht. „Meinen Geburtsschein habe ich längst verloren", schreit die eine, „was mich auch gar nicht reut." „Wie alt sind Sie ungefähr — 15, 40 Jahre?" „Ob 15 oder 40 — mir egal. Meine Jahre interessieren mich nicht. Woher ich gebürtig bin, ist auch nicht wichtig. Meine Mutter sagte es nicht bei meiner Geburt, na, und ich habe sie auch nicht gefragt, wo sie mich zur Welt brachte."

Die Freundin interessiert sich auch nicht für ihre Jahre. Sie lacht häßlich, wobei die offenen Lippen klaffende Zahnlücken sehen lassen. „Womit ich mich beschäftigte? Mit nichts! Am Tage bin ich meiner Mutter Gast, nachts bin ich hier." „Schwindle nicht", sagt die Aufseherin, „bekenne, daß du stiehlst. Alle wissen das." „Wie sollte ich. Hier ist doch nichts abhanden gekommen. Vor Gericht war ich noch nicht. Und wenn ich im Gefängnis war, dann nur infolge eines Irrtums. Ich gehe zur Mutter nur zu Besuch. Davon lebe ich."

Weiter hinten liegen verdächtige, runzlige, alte Weiber, mit verlogenem, unstetem Blick. Wie lange sie hier sind, woher sie kommen, was sie treiben, ist nicht zu erforschen. Ihre verschrumpelten Gestalten erinnern an Wahrsagerinnen, weise Frauen, Hexen, Fallsüchtige. Sie murmeln und jammern. Ihre Handgelenke sind verkrümmt. Man vermeint, stumpfe, verblödete Dorftrinen vor sich zu sehen. Ekelhaft. Fliehen möchte man vor ihnen.

Die weiteren Reihen rekrutieren sich aus Zuwanderern, alle vom Dorf. Eine Bäuerin, dreißigjährig. Der Mann erschlagen. Sucht Arbeit. Eine andere, jung, hübsch, weiße, kräftige Zähne — bettelt. Eine Frau von 50 Jahren, mit zwei Töchtern, schnorrt Reisegeld zusammen, um ins Dorf zurückkehren zu können. Kam, um ihren Mann zu suchen, fand ihn aber nicht. „Wird schon eine andere genommen haben", bemerkt sie demütig.

Nebenan schlafen Kinder — ein dreizehnjähriges Mädchen und ein winziges, greisenhaftes Wesen von fünf Wochen. Ich frage nach der Mutter dieser Kinder. Das Mädchen richtet sich auf: „Die Mutter bin ich." „Du? Wie alt bist du?" „Zwanzig." „Sie lügt, noch keine fünfzehn", werfen die Nachbarinnen dazwischen. Die kindliche Mutter erhebt sich und betreut ihr Kleines. Sie ist klein von Gestalt. Kindliche Manieren, kindliche Figur, kindliches Gesicht. „Ist dein Mann bei dir?" „Ja, ist ein Schlosser, schläft auch im Asyl." „Wovon lebst du? Wo kommst du her?" „Vom Dorf, nähre mich von milden Gaben. Gute Menschen geben schon was. Auch du kannst mir eine Kopeke geben. Bitte, bitte!"

Von Almosen leben die meisten Bewohnerinnen des Nachtasyls. Kleine, blasse, abgemagerte Kinder, oft mit erfrorenen Füßen, sind den bettelnden Frauen eine Quelle des Erwerbs. Kindern wird ja eher was geschenkt. Die Frauen ohne Kinder leben von Gelegenheiten oder von „weiblicher" Arbeit. Letztere sind hier ziemlich vertreten.

Solche Verhältnisse herrschen im Asyl für Frauen. Da vegetieren sie zwischen Lumpen, Windeln und Decken, zwischen zappelnden, weinenden, winzigen Wesen. Still seufzen die Mütter. In nervösem Schlaf wälzen sich junge Mädchen und Frauen. Geht man an den Schlafstätten vorbei, vermeint man, auf dem Wege eines großen Menschenleids, eines tiefen weiblichen Elends zu schreiten. In diesen Stuben hinter Schloß und Riegel, liegen die einsamen, verlassenen Frauen, die das Leben als lästige, überflüssige Geschöpfe in den Abgrund stieß.

Die sozialen Lebensbedingungen sind immer noch größtenteils gegen das Weib gerichtet.

### Nasen-Appell im Kriegerverein.

Im „Nachrichtenblatt des Breslauer Kriegervereins" liest man in einem Appellbericht:

„Nach der Bekanntgabe der Stabsappellbeschlüsse nahm Kamerad Rittergutsbesitzer Wagner das Wort zur Fortsetzung seiner Ausführungen über Psycho-Physiognomik nach Carl Hutter. Diesmal stellte er menschliche Nasen in den Blickpunkt der Betrachtung. Nach einleitenden Hinweisen auf die Verschiedenheit der Nasen und auf die Schlüsse, die man daraus auf den Charakter zu ziehen berechtigt sei, erklärte er sich dazu bereit, an praktischen Beispielen seine Behauptung zu belegen. Bald war die anfängliche Befangenheit der Anwesenden überwunden: man stellte sich zur Beurteilung gern zur Verfügung und — lernte dabei mehr als durch mühevolles Bücherstudium."

Was für ein Segen — so ein Kriegerverein! Da lernen die beneidenswerten Mitglieder ihre Nase kennen, — um sie später bei nationalistischen Phrasen um so sachgemäßer begießen zu können. — („Welt am Montag.")

# Politische Rundschau

## Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

### Eine Massenbetrugsaktion entlarvt.

Immer wenn die Massenarbeitslosigkeit mit Riesenziffern flutartig in die Höhe springt, arbeiten die Parlamentarier und sonstigen „Arbeitervertreter" (mit 1000 Mark Monatseinkommen) Projekte aus und werfen sie mit Musik und großem Tamtam in die arbeitslosen Massen, um sie von den Ursachen ihres Elends abzulenken, um etwaige Angriffe auf das dreimalgeheiligte Privateigentum abzuwehren. Das „Arbeitsbeschaffungsprogramm", das von uns vom ersten Augenblick an als Massenbetrugsaktion gekennzeichnet wurde, wurde von einer Einheitsfront lanciert, die von den Deutschnationalen über Sozialdemokratie und Gewerkschaften bis zur KPD. reichte.

Was ist geschaffen worden durch das „Arbeitsbeschaffungsprogramm", durch das den Arbeitslosen goldene Berge versprochen wurden?

Die Antwort darauf wurde unlängst von amtlicher Stelle, vom Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages gegeben. Ohne Widerspruch des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums wurden dort Tatsachen bekannt, die von dem von uns vorausgesagten nicht viel abweichen.

Die Zahl der beschäftigten Notstandsarbeiter sei trotz des Arbeitsbeschaffungsprogramms **von 170 000 am 15. Mai 1926 auf 90 000 am 15. Januar 1927 gesunken** (und auch diese leisten Arbeiten, die sonst von „freien" Arbeitern geleistet wurden: Red.). Von den offiziell 130 000 ausgesteuerten Erwerbslosen (in Wahrheit sind es bedeutend mehr) seien nur 10 000 bei den Notstandsarbeiten beschäftigt. Demgegenüber sei die Zahl der Pflichtarbeiter rapid gestiegen. **Diese 176 000 arbeitslosen Pflichtarbeiter müssen zu den Sätzen der Erwerbslosenfürsorge die „Notstandsarbeiten" leisten.**

Die Zahl der Notstandsarbeiter gegen Entlohnung ist um die Hälfte gesunken, 176 000 ausrangierte und ausgehungerte Lohnsklaven müssen umsonst arbeiten, für die paar Groschen den Tag, die sie vordem so, ohne Arbeit, als Unterstützung bekamen. Dafür haben SPD. und KPD. monatelang mit Pauken und Trompeten die Massen wild gemacht, dafür haben die Parlamentarier beider Parteien hunderte Millionen aus den Steuergroschen der Proletarier dem Staat bewilligt. Die Riesensummen sind „verwaltet", aufgefressen von den Apparaten, die einer Unzahl Arbeiter„vertretern" Anstellung und Pfründen brachten, verteilt an Unternehmer, denen dafür unbezahlte und rechtlose „Pflichtarbeiter" überwiesen wurden.

In Berlin allein leben 150 000 Proletarierfamilien ohne Wohnung, mehr als 4000 Wohnungen stehen leer, weil sie von den Arbeitslosen und auch von Arbeitern nicht bezahlt werden können. Und die „Klassenkampforganisationen" rühren keinen Finger für die Arbeitslosen, außer den Ablenkungsmanövern, außer sie verlängern zusammen mit Unternehmern und Schlichtern die Arbeitszeit bis auf 16 Stunden den Tag, wie im mitteldeutschen Kohlenbergbau und in Dutzenden nachdem gefällten Schiedssprüchen, damit immer mehr Arbeiter aufs Pflaster fliegen, in Asylen, Höhlen und Straßengräben verkommen, verkommen wie räudige Hunde.

Der „freie" Textilarbeiter-Verband gibt z. B. folgende Zahlen bekannt: Von 794 421 Textilarbeitern arbeiteten nur 12 693 (1,6 Prozent) bis zu 48 Stunden; alle übrigen arbeiteten länger, 145 910 (18,4 Prozent) arbeiteten 50 bis 52 Stunden, 635 818 (80 Prozent) arbeiteten 53 bis 60 Stunden. — In der Metallindustrie ergibt sich nach einer Untersuchung des DMV., daß von 1 862 561 Arbeitern nur 203 885 (11 Prozent) regelmäßig 48 Stunden arbeiten. 1 188 221 (64 Prozent) arbeiten 48 bis 54 Stunden, 470 455 (25 Prozent) sogar über 54 Stunden.

Die Herren Gewerkschaftsbesitzer glauben die Arbeiter schon so verblödet zu haben, daß sie ihnen diese Zahlen unbedenklich unter die Augen halten dürfen. Die Arbeiter überlegen ja nicht mehr, daß diese Ueberstunden geleistet werden auf Grund von Tarifverträgen, die von den Gewerkschaften abgeschlossen wurden, in die die KPD. die Arbeiter immer wieder von neuem hineintreibt.

Solange die Arbeiter immer wieder vergessen, daß die Parlamentsparteien und Gewerkschaften von ihren Beiträgen und von ihrer Dummheit leben, solange sie nicht begreifen, daß sie als geschlossene Klasse unter eigener Führung eine unüberwindliche Macht sind, solange werden sie verhöhnt und an der Nase herumgeführt werden.

## Schützt die Büttel

### Prügelnder Schupobeamter vor Gericht.

Der Polizeiwachtmeister (Gustav Hardege) war angeklagt, weil er einige Arbeiter auf der Wache mißhandelt hatte . . . . Die Festgenommenen, **drei Genossen** und ein unorganisierter Arbeiter, wurden auf der „Frankfurter" Wache mit Gummiknüppeln traktiert. Der Zeuge Hirschberg erhielt gleich nach Betreten der Wache von Hardege mit dem Gummiknüppel einen schweren Schlag über die Schulter. Andere Polizeibeamte legten ihn über einen Stuhl und verprügelten ihn so lange, bis er aussagte, daß er an dem Tumult beteiligt war. Der Zeuge Krystek sagte aus, daß er ebenfalls einen schweren Schlag über den Kopf erhielt. Die Polizeibeamten zwangen die Festgenommenen, sich an die Wand zu stellen und auf Kommando zu „exerzieren". Der Zeuge Elbin bekundet, daß er von den Beamten geohrfeigt wurde. Auch die übrigen Zeugen erhielten, wenn sie die „Uebungen" falsch machten, Ohrfeigen . . . . Hardege erhielt einen Monat Gefängnis. („Rote Fahne" vom 20. 2. 27.)

### Schupo erschießt Arbeiter.

In der Nacht vom 1. zum 2. September v. J. kam der Arbeiter Fritz Maack . . . etwas angetrunken durch die Falkensteinstraße . . . Ein hinzugekommener Schupobeamter versuchte Maack festzustellen, holte sich aber plötzlich noch einen anderen Beamten. Beide fielen nun mit Gummiknüppeln über Maack her und bearbeiteten ihn derart, daß er fünf Minuten lang bewußtlos am Boden lag. Währenddem zogen die Beamten ihre Pistolen und zielten auf Maack. Als dieser aufstand, frug er, wer ihn geschlagen habe. Er wurde aufgefordert, mit zur Wache zu gehen. Auf seine Weigerung hin schoß der Beamte Steinborn. Maack sank in die Knie und kam gleich darauf noch einmal zum Stehen. Jetzt feuerte der Beamte Breuer, der im Südosten den Spitznamen „der lange Ostpreuße" trägt, auf Maack. Um den schwer verletzten Maack kümmerten sich die Grünen nicht mehr, sondern alarmierten ein Ueberfallkommando. Auf dem Wege zur Unfallstation verstarb Maack . . . Der Bruder Maacks erhielt nun vor einigen Tagen vom Staatsanwalt den Bescheid, daß das Verfahren eingestellt sei. („Rote Fahne" vom 22. 2. 1927.)

### Polizeibeamte! Auf zur Protestkundgebung!

Polizeibeamte! In der heutigen öffentlichen Protestkundgebung, einberufen vom Verband Preußischer Polizeibeamter

**März-Kundgebung der AAU. und KAP. Berlin.**

**Sonnabend, den 19. März 1927,**
in der Schultheiß-Brauerei, Hasenheide 22/31

**Die Toten an die Lebenden!**

Mitwirkende:
Gesangs-Gemeinschaft Rosebery d'Arguto, M. d. A.S.B.
Rezitationen: Theo Maret. — Ansprache.

Saalöffnung 6,30 Uhr. Anfang pünktlich 7,45 Uhr.
**Eintritt 75 Pfg. — Arbeitslose 40 Pfg.**

Karten sind zu haben bei allen Funktionären und Zeitungsobleuten der AAU. und KAP. sowie in der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Bln. SO 36, Lausitzer Pl. 13.

(Schraderverband) nimmt die Berliner Polizeibeamtenschaft zu dem nunmehr endlich dem Staatsrat zugegangenen Entwurf des neuen Polizeibeamtengesetzes Stellung. Der vorliegende Entwurf bestätigt alle Kombinationen, die in den letzten Tagen in bezug auf die Absichten der preußischen Regierung veröffentlicht worden sind. Das Militäranwärtersystem bleibt: also keine Einreihung der Polizei in das allgemeine Beamtenrecht. Die „Militärgerichtsbarkeit" des alten Schutzpolizeibeamtengesetzes soll auch in das neue Gesetz aufgenommen werden. Die unterschiedliche Behandlung zwischen Polizeiwachtmeister und Offizieren tritt noch krasser in die Erscheinung als bisher. Durch eine große Anzahl von schikanösen Kündigungsbestimmungen sollen die Polizeiwachtmeister auch in Zukunft der Willkür der monarchistischen Offiziersclique und der vorgesetzten Behörden ausgeliefert werden. Diese Bestimmungen müssen unter allen Umständen aus dem Gesetz verschwinden. Dazu sind alle Kräfte der gesamten Polizeibeamtenschaft in geschlossener Abwehrfront notwendig. („Rote Fahne" vom 22. 2. 1927.)

*

Wie mag es in den Hirnen von Proletariern aussehen, die solche Notizen in ihrem Blatte widerspruchslos hinnehmen? Gibt es solche Arbeiter überhaupt? — Ja, solche gibt es in der Tat! Es sind jene irregeführten und denkfaulen Arbeiter, die sich Trommeln und Pauken und Blashörner um den Bauch hängen, sich wie unter Wilhelm die Rekruten durch die Straßen jagen, zur Störung der Versammlungen revolutionärer Arbeiter mißbrauchen lassen und, man liest es oft in der Fahne selbst, die sich für die Schwindelparolen der russischen Beamten von der Schupo verprügeln lassen.

Und für diese schießenden und prügelnden Büttel tritt die KPD. ein, daß ihnen nicht die Rechte genommen werden, Proletarier wie räudige Hunde niederschießen zu dürfen, daß sie von den Gerichten auch noch von den Scheinurteilen verschont werden.

Gibt es in der KPD. noch Arbeiter, die denken können?

## Die Arbeitslosenversicherung

### Ihre Auswirkung: Abbau der Unterstützung um 50 Proz.

Das Kernstück des kommenden Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist bekanntlich das Lohnklassensystem. Das heißt: die Erwerbslosenunterstützung soll sich zukünftig richten je nach den eingezahlten Versicherungsbeiträgen, die auf Grund des vorhergehenden verdienten Lohnes gezahlt werden. Die Unterstützung wird demgemäß nach bestimmten Einheitslöhnen berechnet. Als Einheitslöhne sind vorgesehen 7 Klassen und zwar dafür 12.—, 15.—, 21.—, 27.—, 33.—, 39.— und 42.— Mk. Die Hauptunterstützung beträgt in den Lohnklassen 1 und 2 45 Prozent, 3, 4 und 5 40 Prozent, in den Lohnklassen 6 und 7 35 Prozent des Einheitslohnes. Sie darf einschließlich der Familienzulagen steigen, für die Klasse 1 und 2 bis auf 70 Prozent, 3, 4 und 5 65 Prozent, 6 und 7 60 Prozent.

Die praktische Auswirkung dieser Lohnklassenstaffelung ist ein Abbau der Unterstützungssätze, der bis zu 50 Prozent und mehr beträgt. Nehmen wir zum Vergleich die Lohnklasse 4 mit einem durchschnittlichen Arbeitsverdienst von 27 Mk., was bedeutet, daß der Arbeiter 24 bis 30 Mk. wöchentlich erhielt. Danach erhält im Wirtschaftsgebiet II, wozu u. a. Berlin gehört, an Erwerbslosenunterstützung:

| | jetzt: | später: | weniger: |
|---|---|---|---|
| ein Alleinstehender über 21 Jahre | 12,30 M. | 10,80 M. | 1,50 M. |
| ein Verheirateter | 15,10 M. | 12,15 M. | 2,95 M. |
| ein Verheirateter mit 2 Kindern | 19,75 M. | 14,85 M. | 4,90 M. |
| Höchstsatz | 24,45 M. | 17,55 M. | 6,90 M. |

Noch katastrophaler ist dieser Abzug in einer niedrigeren Lohnklasse. In Lohnklasse 2, die einen wöchentlichen Arbeitsverdienst von 12.— bis 18.— Mark vorsieht und zur Grundlage 15.— Mark Einheitslohn hat, wirkt sich der Abbau folgendermaßen aus:

| Jetzt: | später: | weniger: |
|---|---|---|
| 12,30 M. | 6,75 M. | 5,55 M. |
| 15,10 M. | 7,50 M. | 7,60 M. |
| 19,75 M. | 9,— M. | 10,75 M. |
| 24,45 M. | 10,50 M. | 13,95 M. |

Je niedriger die Lohnklasse, desto größer also der Abbau. Im Wirtschaftsgebiet Westen ist dieser Abbau noch um 1 Mark bis 3.— Mark größer.

Für fast 50 Prozent der heutigen Erwerbslosen erfolgt ein Abbau der Unterstützung. Ein großer Teil verliert dabei mehr als 50 Prozent der jetzigen Unterstützung.

Am meisten von diesem Unterstützungsabbau werden jene Schichten betroffen, die schon im Produktionsprozeß zu den schlecht bezahltesten Arbeitern gehören. Besonders fallen hierunter die ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen und die angelernten Arbeiter. Nur ein Teil der qualifizierten Arbeiter soll Verbesserung erhalten, zugunsten weniger soll also die große Masse noch schlechter gestellt werden.

Die proletarischen Massen haben also alle Ursache, die kapitalistische Arbeitslosenversicherung als eine Mahnung zum rücksichtslosen kompromißfeindlichen Klassenkampf bis zum Sturze der verruchten bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu betrachten und demzufolge allen reformistischen Illusionsaposteln (von SPD. bis KPD.) entschlossen die Gefolgschaft zu versagen.

## Sozialistische Elemente?

### Der Privathandel in Rußland.

In seiner Nummer vom Sonntag, den 13. Februar, hat der „Vorwärts" Ziffern über die Entwicklung des Privathandels und der Genossenschaften Rußlands gebracht. Die Genossenschaftsentwicklung beurteilt der Vorwärts so:

„Konsum-Produktions- und Kreditgenossenschaften erfuhren und erfahren im Rahmen des staatssozialistischen Experiments eine sehr nachdrückliche Förderung durch Staatsgewalt und Staatsfinanzen. Dank der Hilfe der Regierung wächst die genossenschaftliche Organisation wie in einem Treibhause. Nach der Zahl der Genossenschaften und ihrer Mitglieder nimmt die Sowjet-Union heute die erste Stelle in der Welt ein."

Mit den Ziffern des „Vorwärts" ist die „Rote Fahne" nicht einverstanden und bringt ihrerseits Tabellen, die der russischen Genossenschaftszentrale (Zentrosojus) entnommen seien. Diese Ziffern, die gefärbt sein werden, wie alles gefärbt ist, was aus Rußland kommt, geben immerhin einen Aufschluß darüber, wie weit der Privathandel um sich gegriffen hat — trotz aller Schönfärberei. Hier sind die Tabellen der „Roten Fahne".

| Geschäftsjahr | Staatsanteil | Genossenschaftsanteil | Privatkapital | Privat u. Genossensch. *) |
|---|---|---|---|---|
| 1923/24 | 31,0 Proz. | 28,2 Proz. | 40,8 Proz. | 69,0 Proz. |
| 1924/25 | 35,5 „ | 37,5 „ | 27,0 „ | 64,5 „ |
| 1925/26 | 35,0 „ | 41,0 „ | 24,0 „ | 65,0 „ |
| 1926/27 | 34,0 „ | 44,0 „ | 22,0 „ | 66,0 „ |

*) Die letzte Rubrik ist die Summe der letzten beiden Rubriken, die von uns zusammengezogen wurden. (Red. d. K.)

Zahl der Genossenschaften:

| 1. 10. 1923 | 1. 10. 1924 | 1. 10. 1925 | 1. 7. 1926 |
|---|---|---|---|
| 18 058 | 21 747 | 24 674 | 28 291 |

Zahl der Geschäftsstellen:

| 1923 | 1924 | 1925 | 1926 |
|---|---|---|---|
| 24 636 | 36 167 | 50 232 | 60 272 |

Zahl der Mitglieder:

| 1923 | 1924 | 1925 | 1926 |
|---|---|---|---|
| 5 396 000 | 7 105 000 | 9 348 000 | 11 846 009 |

Die „Rote Fahne" konstruiert aus den (angeblich) sinkenden Ziffern des Privathandels ein Sinken des Privatkapitals im Handel. Wenn hier eine Verschiebung eingetreten wäre, wären es die 3 Prozent, die die letzte Rubrik der obersten Tabelle zugunsten der ersten, d. h. zugunsten des Staatshandels aufweist. Das beweist jedoch nichts von „sozialistischen Elementen", denn das Staatskapital beutet nicht weniger aus als das Genossenschafts- oder das Privatkapital. Wie gewissenhaft das russische Staatskapital gegenüber dem Proletariat ist, davon zeugt sein Pakt mit dem deutschen Reichswehrministerium zur Bewaffnung der deutschen Reichswehr. Die „Rote Fahne" unterläßt es aber, den Charakter des Genossenschaftskapitals aufzuzeigen. Wir müssen uns deshalb auf amtliche russische Quellen stützen. Die „Prawda" vom 1. Februar 1927 schreibt über die Genossenschaften das folgende:

Die Arbeitergenossenschaften haben im Bezirk Iwanowo-Woßnesenk — einem rein proletarischen Rayon — im letzten Jahre bei einem Grundkapital von 1 817 000 Rubel einen **Reingewinn von 1 490 000 Rubel** erzielt, die Dorfkonsumgenossenschaften desselben Bezirks haben gleichfalls bei einem Grundkapital von 989 000 Rubel einen Reingewinn von **635 000** Rubel, und der Bezirksverband hat bei einem Grundkapital von 841 000 — 710 000 Rubel Reingewinn erzielt usw. Die zentrale Arbeiterkonsumgenossenschaft in Tula (gleichfalls ein proletarischer Mittelpunkt) erzielt bei einem Grundkapital von 626 975 Rubel **einen Reingewinn von 1 530 479 Rubel!** In Moskau wurden in 71 von 100 Genossenschaften — bei besonders lebhaftem Handelsumsatz — **eigenmächtige Preisaufschläge bis zu 40 Prozent** über die Preisliste vorgenommen.

Die „Prawda" selbst schreibt, daß diese „zügellose Anhäufungspolitik", diese „Profitjagd", die Gefahr der „monopolistischen Stagnation signalisieren". Es sei „keine Genossenschaftspolitik, sondern eine Krämerpolitik im schlimmsten Sinne, **ein rein kapitalistisches Wirtschaften**". . .

Das wird die „Rote Fahne" ihren bolschewistischen Glaubensfanatikern gewiß nicht auf die Nase binden, dafür zitiert sie, was einst Lenin über die Genossenschaften schrieb. Das russische Genossenschaftskapital, das aus seinem investierten Grundkapital jährlich 70—90 Prozent Profite schlägt, ist aber nicht nur Handelskapital, sondern auch Finanzkapital (Bankkapital) und Produktionskapital der herrschenden Bauernklasse. Zu einem beträchtlichen Teil sind es Kreditgenossenschaften, die mit den Geldern des Staats, d. h. mit den Steuergroschen der Proletarier, arbeiten und diese den Bauern als Kredite übergeben zur weiteren Ausbeutung der Landproletarier. Und daß das Genossenschaftskapital der „Arbeitergenossenschaften", das den Arbeitern die Waren um 40 Prozent verteuert, segensreich für das Proletariat wirkt, das kann eben nur jemand glauben, der hundertprozentig und rettungslos durchbolschewisiert ist. Wohin im übrigen das russische Genossenschaftswesen führt, erkennt erfreut der „Vorwärts", der den erwähnten Sonntagsartikel einleitet:

„Eine der scheinbar erfreulichsten Erscheinungen im sowjetrussischen Wirtschaftsbau ist das echt reformistische, in diesem Sinne echt sozialdemokratische Genossenschaftswesen."

# Wirtschaft

## Die Arbeitslosigkeit in Berlin

### Das Heer der Ausgesteuerten wächst.

### Die Berliner Metallindustriellen rüsten zum Kampf.

Nach dem Bericht des Berliner Landesarbeitsamtes waren in Berlin am 19. Februar 274 783 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 274 903 in der Vorwoche. Darunter befanden sich 185 347 (184 541) männliche und 89 436 (90 362) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 120 178 (124 354) männliche und 53 311 (55 399) weibliche, insgesamt 173 489 (179 753) Personen. Außerdem wurden noch 36 918 (36 648) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin und 24 978 (23 532) Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt. Bei Notstandsarbeiten wurden 7019 (7280) Personen beschäftigt.

Die Berliner Arbeitslosenstatistik weist für die vorige Woche eine Verminderung der Arbeitslosenziffer um 120 auf gegen 9000 in der vorhergehenden Woche. Die Zahl der von der Erwerbslosen„fürsorge" ausgeschifften Unterstützungsempfänger ist wieder um 6264 gestiegen. Es handelt sich dabei wohl fast durchweg um Proletarier, die ein volles Jahr Unterstützung bezogen haben, die also schon vollständig vereiendet sind. Von den „Ausgesteuerten" nahm die „Erwerbslosenhilfe" der Stadt Berlin 270 und die Krisenfürsorge 1446 auf. Diese beiden Kategorien und die 120, die die Statistik gegenüber der Vorwoche weniger aufweist, also zusammen 1836, von den 6264 Ausgesteuerten abgezogen, ergibt 4428 Erwerbslose, die insgesamt weniger unterstützt wurden als in der Vorwoche. Dazu kommt noch die Zahl von 261, die gegenüber der Vorwoche bei Notstandsarbeiten weniger beschäftigt wurden. Da zu Notstandsarbeiten nur „Ausgesteuerte" herangezogen werden, beträgt die Zahl der in voriger Woche völlig aller Mittel entblößt auf die Straße geworfener Arbeitslosen 4681. Die famose demokratische Republik baut langsam aber sicher die Erwerbslosenunterstützung ab, auch ohne die von den Gewerkschaften vorgeschlagene, geförderte und gestaffelte „Erwerbslosenversicherung".

Die Rationalisierungstendenz, die wir schon des öfteren gekennzeichnet haben, tritt in der Berichtswoche wieder scharf in Erscheinung. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen ist wieder um 806 gestiegen, während die Zahl der weiblichen Arbeitslosen um 926 sank.

Die Bewegung am Berliner Arbeitsmarkt lehrt das Proletariat dreierlei:

Erstens die Tendenz der Rationalisierung: Hinauswurf der männlichen Arbeiter und die stärkere Ausbeutung der billigeren weiblichen Arbeitskraft.

Zweitens: Daß die Arbeitslosigkeit trotz der „Statistik" des Berliner Arbeitsamts steigende Tendenz hat.

Drittens: Die Rüstung der Berliner Metallindustriellen für weitere „Rationalisierung", d. h. Lohnabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Um dies zu erkennen, müssen wir zurückgreifen auf die Bewegung am Berliner Arbeitsmarkt in der Vorwoche, in die Berliner Metallbetriebe einen Blick werfen und ebenso in die Nadelstichtaktik der Gewerkschaftsbewegung.

In der Vorwoche nahm die Arbeitslosenziffer in Berlin um

IISS 16,17

B

B2

rund 9000 ab. Die Wirtschaftslage gibt dafür keine Erklärung, wohl aber die Arbeiterbewegung. Die Arbeiter beginnen sich ganz instinktiv zu rühren gegen den zunehmenden Druck auf Lohn- und Arbeitsbedingungen. Um eine Explosion zu verhüten, um Abhilfe zu schaffen und die Unruhe der Arbeiter in das gewerkschaftlich-arbeitsgemeinschaftliche Bett zu lenken und dort versiegen zu lassen, sind der Metallarbeiterverband den Lohntarif zum 31. März gekündigt. Die Gewerkschaftsbesitzer rechnen damit, daß bis dahin die Kämpfe der Metallarbeiter in Sachsen und die kleineren lokalisierten im Reich niedergeschlagen und die Arbeiter unterlegen, ausgehungert und abgekämpft in die Betriebe zurückgekehrt sein werden und daß dann die Berliner Metallarbeiter durch einige Abstimmungen zur „Ruhe und Ordnung" gebracht werden können.

Die Unternehmer der Berliner Metallindustrie arbeiten mit dem Unternehmertum in dieser Richtung durch gemeinsame Sitzungen Hand in Hand. Die Metallindustrie hat seit der Tarifkündigung flott Arbeiter eingestellt. Die 9000 der Vorwoche entfallen zum größten Teil auf die Metallindustrie. Nach dem Ausweis des Berliner Arbeitsamts entfielen von den 9000 Einstellungen der Vorwoche allein 2700 auf gelernte Metallarbeiter. Außerdem läßt die Metallindustrie seit der Tarifkündigung in nie dagewesenem Ausmaße Überstunden arbeiten. Es werden die dringendsten Aufträge außerarbeitet und dann können die Metallarbeiter in Berlin streiken nach Herzenslust. Die Unternehmer werden dabei keinen Hunger leiden. Und der englische Bergarbeiterstreik, der Hamburger Hafenarbeiterstreik und der letzte sächsische Metallarbeiterstreik genügen als Beweis dafür, daß auch die Berliner Metallarbeiter isoliert, sanktioniert, gewerkschaftsdisziplinwert verbluten werden, wenn — sie nicht das Schwergewicht ihres Kampfes darauf verwenden, zuerst die Gewerkschaften zu zertrümmern, um dann als kämpfende Arbeiter die Solidarität der Arbeiterklasse anzurufen und als Klasse den Machtkampf aufzunehmen.

### Die Stabilisierung „marschiert"

Der Traum einer beginnenden Konjunkturperiode — o, er war für viele sehr schön! — scheint seinem Ende entgegen zu gehen. Die bürgerliche Presse meldet:

**„Die ersten Feierschichten an der Ruhr.** Schneller als man in Deutschland erwartete, hat die englische Kohlenförderung nach dem fast 7 Monate anhaltenden Streik wieder eingesetzt. Wenn bisher auch eine Rückwirkung auf den Absatz von den deutschen Zechen noch nicht zu bemerken war, so hat dies seinen Grund einmal in den langfristigen Verträgen, die zwischen den deutschen Kohlenlieferanten und den englischen Abnehmern geschlossen worden sind, und zum anderen in der vollkommenen Räumung der deutschen Haldenbestände. Erst in den allerletzten Tagen zeigen sich gewisse Vorboten für das Nachlassen des Geschäfts. Aus Dortmund wird gemeldet, daß auf einigen Schächten des Ruhrbezirkes zum ersten Male wieder Feierschichten wegen Mangels an Absatz angeordnet worden sind."

So hart die Tatsache auch ist, die Proletarier müssen die Krise des Kapitalismus sehen und die Notwendigkeit der Revolution für den Kommunismus erkennen, wenn sie nicht hoffend, arbeitend und hungernd in den Tod marschieren wollen.

### Rationalisierungs-Segen für Ausbeuter

Welche Riesenprofite die Kapitalisten durch die von Gewerkschaften und SPD. unterstützte Rationalisierung gewinnen, zeigen klar die nachstehenden Geschäftsberichte zwei deutscher Großfirmen.

#### Ludwig Loewe u. Co., A.-G.

Die Aktiengesellschaft Ludwig Loewe u. Co. fabriziert in ihren Fabriken Werkzeugmaschinen und Werkzeuge und ist auf diesem Gebiet einer der größten deutschen Produzenten. Die Werke der Gesellschaft befinden sich hauptsächlich in Berlin. Anfang 1926 waren in diesen Werken laut Geschäftsbericht 3600 Arbeiter und Angestellte gegen 3200 im Jahre 1913 beschäftigt.

Die Arbeiten der Werkzeugmaschinenindustrie wurden von der letzten Wirtschaftskrise besonders schwer betroffen. Nach dem günstigen Geschäftsgang der ersten acht bis neun Monate des Jahres 1925 ist in diesem Industriezweig eine schwere Krise entstanden, die sich bis in den Herbst 1926 hinzog. Erst in den letzten Monaten ist eine Belebung eingetreten, die auch darzeit anhält. Der Auftragsbestand ist für die letzte Zeit beträchtlich gestiegen und, wie es scheint, wird er auch in der nächsten Zeit weiter wachsen. Die Angaben des Geschäftsberichts sind sehr mager, doch läßt sich feststellen, daß diese Gesellschaft für die letzten Jahre hohe Profite erzielt hat. Es ist richtig, daß der Konkurrenzkampf auf dem deutschen Markt der Werkzeugmaschinen in den Stabilisierungsjahren sehr scharf war und auch jetzt noch ziemlich groß ist. Doch gelang es Ludwig Loewe, einen hohen Verdienst zu bekommen, da **die Herstellungskosten durch die Rationalisierung stark zurückgegangen** sind. **Die verteilten Dividenden sind von 8 Prozent im Jahre 1924 auf 10 Prozent im Jahre 1925 gewachsen. Die Tantiemen der Aufsichtsratsmitglieder sind für dieselbe Zeit fast auf das Dreifache gestiegen.**

Besonders bemerkenswert aber ist die **Steigerung der Aktienkurse** der Ludwig Loewe A.-G. Sie sind fabelhaft geschwollen, sie standen am 2. Januar 1926 auf 98, am 20. Januar 1927 aber auf 329. Eine Vorstellung über diese Börsenverdienste gibt folgende jedem Arbeiter verständliche Rechnung: Die im Jahre 1926 in den Ludwig-Loewe-Werken beschäftigten 3600 Arbeiter und Angestellte bekamen pro Mann durchschnittlich im besten Falle 40 Mark pro Woche bzw. 167 Mark pro Monat (25 Arbeitstage pro Monat), oder rund 2000 Mark jährlich an Lohn. Der gesamte jährliche Arbeitslohn die Belegschaft beträgt folglich 2000 mal 3600 = 7 200 000 Mark. Das Aktienkapital der Ludwig Loewe A.-G. beträgt 15 000 000 Mark, **im Jahre 1926 sind nun die Kurse**, wie gesagt, **ungefähr um 230 Prozent gestiegen.** Das heißt: Das Aktienkapital, das nach dem Börsenstand vom 2. Januar 1926 (= 98) mit etwas weniger als 15 Millionen zu bewerten war, stieg in einem Jahre um das 2,3fache, hat also heute einen Wert von rund 50 Millionen. Oder noch deutlicher ausgedrückt: Der Inhaber einer Ludwig-Loewe-Aktie im Nennwert von 1000 Mark bekam, wollte er diese Aktie am 2. Januar 1926 verkaufen, nur 980 Mark dafür. Verkaufte er diese Aktie aber am 20. Januar 1927, so bekam er 3290 Mark dafür. Der Aktionär hat also an einer Aktie in einem Jahr etwa 2300 Mark verdient. Der Börsenverdienst einer Handvoll Aktionäre war also im Jahre 1926 fünfmal so groß wie der Verdienst aller Arbeiter und Angestellten.

Die Bilanz der Loewe A.-G. zeigt eine gute finanzielle Lage: der Prozentsatz der flüssigen Mittel ist sehr groß, was hauptsächlich bei dem Effekten- und Beteiligungskonto ersichtlich ist. Dieses Konto ist in der Bilanz von 1925 mit 10 511 000 Mark festgelegt. d. h. die Ludwig Loewe A.-G. ist an vielen Unternehmungen beteiligt. Die zur Zeit schwebenden Gerüchte über einen umfassenden Zusammenschluß in der Werkzeugmaschinenindustrie stellen die Loewe A.-G. in das Zentrum der künftigen Vereinigung.

#### Der Siemens-Konzern,

der seine Dividendenerhöhungen vor kurzem bekanntgegeben hat, veröffentlicht jetzt den ausführlichen Geschäftsbericht der Siemens u. Halske A.-G. und der Siemens-Schuckertwerke. Der Bericht zeigt, wie märchenhaft groß die Rationalisierungsgewinne des Siemenskonzerns im letzten Jahre gewesen sind.

**Das Bankguthaben von Siemens u. Halske hat sich fast versechsfacht.** Es ist von 11,9 Millionen Mark 1925 auf 65 Millionen Mark 1926 gestiegen. Die Wertpapiere haben sich außerdem noch von 11,5 Millionen auf 14,7 Millionen Mark erhöht.

Die Erhöhung der Bankguthaben ist außer durch den Erlös der Anleihe von 1926 in Höhe von 25,2 Millionen Mark durch den „gesteigerten Absatz bei rationellerer Betriebsführung" verursacht. Das wird im Geschäftsbericht ausdrücklich unterstrichen.

Der Erhöhung der Bankguthaben steht ein Unverändertbleiben der Schuldner mit 63,18 Millionen Mark gegenüber Das Gläubigerkonto ist von 39,9 auf 56,3 Millionen gestiegen. Mit Recht sagt der „Börsen-Courier":

„Der Konzern konnte die Leistung der Fabrikation erhöhen bei beträchtlicher Verminderung der Belegschaft und Verringerung des Kapitalbedarfs der Werke."

Wenn es dann weiter heißt, daß der Konzern auf wichtigen Gebieten Preisermäßigungen eintreten lassen konnte, so muß gesagt werden, daß diese Preisermäßigungen weit hinter der Senkung der Produktionskosten durch die Intensivierung der Arbeit und den anderen Rationalisierungsmaßnahmen zurückbleiben.

Bei den Siemens-Schuckert-Werken ist das Konto der Gläubiger von 136,6 Millionen Mark auf 160,5 Millionen Mark zurückgegangen — als Folge des Verkaufs großer Warenvorräte. Das Guthaben bei den Banken ist von 10,7 auf 59 Millionen gestiegen.

## Aus den Bezirken

### Groß Berlin

**Oeffentliche Erwerbslosen-Versammlung in Spandau.**

Zum Freitag, den 18. 2. 27 hatte der Arbeitslosen-Ausschuß in Spandau eine Versammlung nach der Markthalle einberufen. Gemessen an den Berliner Versammlungen war diese Versammlung nicht besonders gut besucht, zirka 100 Personen waren anwesend. Ein Zeichen, daß die Proletarier die parlamentarische Illusionspolitik zum Teil satt haben und daher nicht die Versammlungen mehr besuchen, um nicht dauernd die alte Leier zu hören. Die Tagesordnung war: „Das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz und der Reichserwerbslosen-Tag". Der Referent führte eingangs seiner Ausführungen aus, daß infolge der Wichtigkeit des Themas die Proletarier mehr Interesse an den Tag legen müßten. Er kam dann zu sprechen auf das Geschenk der Bürgerblockregierung für die Erwerbslosen das Arbeitslosen-Versicherungs-Gesetz. Er zeigte den Erwerbslosen die Auswirkungen des Gesetzes, die keine Erleichterungen, sondern eine Knebelung für die Erwerbslosen ist. Wer die Väter dieses famosen Gesetzes waren, wurde nicht gesagt. Seine Schlußfolgerungen waren: Kampf gegen dieses Gesetz, Einführung der 42-Stundenwoche, Ausbau der Erwerbslosen-Fürsorge, 40 Prozent Erhöhung der Unterstützung Im Vorbeigehen wurde etwas gesagt, von Sturz des Kapitals, aber erst Kampf um diese Illusionen, trotzdem der bürgerliche Staat nicht in der Lage ist, dieselben durchzuführen, wie der Referent selbst sagte. Die Aktion zur Durchführung dieser reformistischen Illusionen soll eine große Massen-Demonstration am 18. März sein. Der Staat soll erzittern vor dem Massen-Aufmarsch der Arbeitslosen. Eine Resolution, wo diese Forderungen formuliert waren, sollte den Proletariern zum nötigen Verständnis dienen. Es wurde auch hierin **protestiert** gegen das Schandgesetz.

In der nun folgenden Diskussion meldete sich ein Genosse der KAP. und AAU. zum Wort. Er zeigte den Proletariern zunächst, wer denn die Väter des Gesetzes sind, daß dieselben nicht im Lager des Kapitals zu suchen sind, sondern im Lager der Arbeiterklasse und dies sind die famosen Gewerkschaften. Alle Gesetze, die der bürgerliche Staat durchführt, müssen sich gegen die Arbeiterklasse auswirken, da das Kapital als ökonomisch herrschende Klasse nicht sich belasten wird, sondern alle Lasten auf das Proletariat abwälzt. Er führte nun aus, daß auch dieses Gesetz nur behandelt werden kann im Rahmen der kapitalistischen Krise, da es eine Auswirkung derselben ist. Die Krise ist eine Absatzkrise. Die Absatzmöglichkeiten sind zum großen Teil geschwunden für das europäische Kapital, da die früheren nicht-kapitalistischen Länder (das heißt die Kolonien) eine eigene Industrie entwickelt haben und heute selbst als Konkurrent auf dem Weltmarkte auftreten. Das Kapital versucht daher mit Hilfe der Rationalisierung die Krise zu überwinden. Millionen Proletarier müssen aufs Pflaster geworfen werden und die Arbeitslosigkeit ist zu einer Erscheinung innerhalb dieser Ordnung geworden. Die historische Aufgabe der proletarischen Klasse ist es, den Sturz des Kapitals zu erkämpfen durch die soziale Revolution. Dies setzt voraus, daß das Proletariat die Strecken muß mit anderen Methoden. Der Reformismus ist geschichtlich überholt, und da die Gewerkschaften den Reformismus als Grundlage ihrer Politik haben, müssen sie, soll die soziale Revolution Tatsache werden, zertrümmert werden. Die Proletarier müssen sich als Klasse in den Betrieben und auf dem Nachweis zusammenschließen. Diese Betriebsorganisationen sind vereinigt in der Allgemeinen Arbeiter-Union, sie bieten die einzige Gewähr, gepaart mit revolutionärem Inhalt, die historische Aufgabe durch die Klasse erfüllen zu lassen. Wenn das Proletariat diesen Weg beschreitet, wird es zur Beseitigung aller Uebelstände kommen, die uns das Kapital bringt. Innerhalb des Kapitalismus sind daher 42-Stundenwoche usw. nicht mehr durchzuführen, diese Illusion gilt es zu zerstören — Es folgte nun ein Genosse des „Spartakusbund" Nr. 2, welcher im Sinne des Genossen der KAP. sprach.

Das Schlußwort des Referenten war mehr als erbärmlich, er konnte gegen die sachlichen und grundsätzlichen Ausführungen der Diskussionsredner nicht argumentieren und wiederkäute seinen reformistischen Kohl. Nach dem Referenten mußte nun auch der anwesende Herr Betriebsrat von der Firma Orenstein u. Koppel das Wort ergreifen, dem die Ausführungen des Genossen der KAP. in die Knochen gefahren waren. Nebenbei muß noch bemerkt werden, daß derselbe Mitglied der KPD. ist. Eine mißlungene Betriebsversammlung der Union, die bei der Firma O. u. K. einberufen war, benutzte er zu einer Herabwürdigung der Bewegung der Allgemeinen Arbeiter-Union. Ein Genosse unsererseits stellte diese Verleumdung durch eine Erklärung ins richtige Licht, indem er darauf hinwies, daß es gerade der Betriebsrat war, welcher durch Anschlag am schwarzen Brett die Arbeiter darauf aufmerksam machte, daß die Versammlung nicht vom Betriebsrat einberufen sei und sie daher derselben fernbleiben sollen. Das ist nämlich heute die Aufgabe der Betriebsräte im Betrieb: die revolutionäre Propaganda zu hemmen und die Proletarier in die Orgesch-Gewerkschaften zu treiben.

### „Rote Hilfe" und politische Gefangene

Die „Rote Hilfe" versteht es ganz gut, sich mit ihren Taten zu rühmen, wir wissen auch, daß sie an die Gefangenen zu Weihnachten Lebensmittelpakete sendet; aber wir wissen auch, daß sie die Genossen hinter den Zuchthausmauern klassifiziert. Der Strafvollzug teilt die Gefangenen in vier Klassen, u. z. Gefangene der I., II. und III. Stufe, in der IV. Stufe sind die Ueberzeugungstäter. Die letzteren sind allerdings nur wenige, da ja die Justiz selten eine Tat aus Ueberzeugung anerkennt. Die „Rote Hilfe" sendet auch gute Pakete, aber jedenfalls nur an diese Genossen, die bei ihr in der III. Stufe stehen. Folgender Brief wurde uns von dem Genossen aus Brandenburg geschickt, derselbe scheint auf der I. Stufe der R. H. zu stehen:

Brandenburg, den 9. 1. 27.

Werter Genosse!

Deinen Brief vom 6. 1. 27 habe ich erhalten und daraus ersehen können, daß Du werter Genosse bis dato immer auf eine Antwort von mir gewartet hast, ob in bezug einer nochmaligen Untersuchung betreffs meiner Leidens von seiten der Anstaltsleitung oder vom Strafvollzugsamt irgend etwas in dieser Richtung unternommen worden ist. Dieses werter Genosse kann ich nur mit einem kräftigen Nein beantworten . . — — Auf der dritten Seite heißt es dann weiter: — — Nun werter Genosse zu etwas anderem und zwar zum Paket von der Roten Hilfe, Ortsgruppe Staßfurt. Wie Du ja wohl weißt, hatte ich am 9. 12. durch meine Schwester, sowie einen KP.-Genossen aus Bernburg Saale Besuch. Bei demselbigen hat dieser Genosse meine Schwester, mir ein Paket zu schicken, doch Abstand zu nehmen und es der Roten Hilfe zu überlassen. Schweren Herzens gab meine Schwester nach. Jetzt kommt das Urkomische. Trotzdem die R. H. über das Verhältnis zwischen mir und meiner mir gesetzlich angetrauten Frau unterrichtet ist besaß dieselbe die Unverfrorenheit, das Paket meiner Frau zu übergeben, um mir dasselbe zu übersenden, ich habe die Annahme verweigert. Als es das zweite Mal ankam, mußte ich wohl oder über zur Annahme schreiten, da ich auf Grund meines schweren Arbeitslohnes nicht in der Lage war, noch ein zweites Mal das Porto für die Rücksendung zu tragen. Wie groß aber war mein Erstaunen: die paar Pfund Aepfel vollständig faul, Honig- und Lebkuchen schmeckten, da drei Stück Seife dem Paket beigefügt waren, nach derselbst. 16 Pakete Tabak und 80 Stck. Zigaretten, die jetzt auf der Kammer bei meinen Sachen aufbewahrt werden, 1 Stolle, 1 Bratwurst und 1 Rotwurst. Mit einem Worte: es wurde mir mit diesem Paket nicht Freude bereitet, vielmehr Hohn entgegengeschleudert. Die R. H. scheint meines Erachtens nach die Gesundheit der politischen Gefangenen mit Süßigkeiten erhalten zu wollen, anstatt für Schmalz und dergleichen mehr zu sorgen. Ich aber sage: Einmal und nicht wieder. Zum Glück hatten meine beiden Zellengenossen jeder ein Paket erhalten, so daß man aber alles Pakete ansehen konnte, und haben mir, da doch nichts hatte, etwas abgegeben, damit auch ich des öfteren ein Stückchen Wurst, Schinken und dgl. mehr essen kann. Ich werde der R. H. Bez. Magdeburg-Anhalt, sowie auch der Ortsgruppe Staßfurt mit dem Gen. Esch . . . Bernburg Saale, meine Meinung in dieser Richtung kund tun, um fernerhin derartiges Komödienspiel zu unterbinden. Ich hätte absolut nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn nicht der Gen. Esch . . . solch große Sprünge mit dem Rote Hilfepaket geklopft hätte, zumal die Gen. draußen auf Grund der schweren wirtschaftlichen Lage, da der größte Teil der Gen. arbeitslos ist, sich möglichst anstrengen müssen, um den politischen Gefangenen eine Freude bereiten zu können.

Ich schließe nun mit rev. Händedruck und verbleibe stets
Euer Genosse E . . . B . . .

## Mitteilungen

### Reich

**Achtung! Reichsumlage!**

Zur Finanzierung der bevorstehenden Reichskonferenz erhebt der RAA. für die 7. und 8. Beitragswoche eine Umlage von 50 Pf. pro Mitglied und Woche. Die zweite Rate ist in der jetzigen Woche fällig und wird um schnellste Abrechnung ersucht.

•

**An die Ortsgruppen der AAU.**

Die neue Agitationsbroschüre „Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union ist soeben erschienen und von den Ortsgruppen der AAU. beim RAA. zu bestellen. Der Verkaufspreis der Broschüre beträgt 15 Pfennig.

Wir ersuchen um schnellste Abrechnung der Erwerbslosen-Zeitung, da die März-Nummer in Kürze erscheinen soll. Ortsgruppen, die mit ihren Zahlungen im Rückstande bleiben, müssen mit Einstellung der Belieferung rechnen.

### Rheinland-Westfalen.

Die Ortsgruppen Kaiserslautern, Anweiler, Landau, Ludwigshafen, Ronsdorf, Essen und Velbert werden hiermit aufgefordert, die erhaltenen Fragebogen sofort zu beantworten.

Ferner werden die Ortsgruppen Köln, Essen, Velbert und Barmen um Regelung ihrer finanziellen Verpflichtungen für Januar ersucht.

•

**Niedersachsen.**

Sonntag, den 13. März, vormittags 10 Uhr, in Ahlfeld a. d. Leine, bei Tönjes, Winde Nr. 3, **Bezirkskonferenz.** Tagesordnung: 1. Politische Lage. 2. Unsere Stellung zur „Entschiedenen Linken" und zur Opposition im „Spartakusbund". 3. Wahl eines Delegierten zur Reichskonferenz der AAU. 4. Organisatorisches. 5. Verschiedenes.

Alle Unions- und KAP.-Gruppen müssen vertreten sein. Die Gruppen der „Entschiedenen Linken" werden aufgefordert, ebenfalls Delegierte zu schicken.

### Groß-Berlin

**Wochenbeiträge.**

In der 8. Woche (20. bis 26. Februar 1927) betragen die Beiträge — einsch ch 50 Pfg. Umlage für die Reichskonferenz — **1,30 Mk., 1,50 Mk. und 1,80 Mk.** Arbeitslose 10 Pfg.

**Kassenrevision** am Donnerstag, den 3. März, abends 6 Uhr, an bekannter Stelle. Der 2., 3., 5., 6., 7. und 14. Bezirk müssen Revisoren stellen.

Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin N. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17.


# Der Kampfruf

**Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union**

**(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)**

Jahrgang 8, Nr. 9 1927 — Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13 — Preis 15 Pfennig


## KPD.-Parteitag und Gewerkschaften

Auf der Tagesordnung des 11. Reichsparteitages der KPD., der vom 2. bis 8. März 1927 in Essen stattfindet, steht erneut das wichtige Problem der leninistischen Gewerkschaftsarbeit. Nach sieben Jahren einer Politik zur Revolutionierung der reformistischen Amsterdamer Verbände muß die „Rote Fahne" vom 1. März (Leitartikel) feststellen: **Unsere bisherige Gewerkschaftsarbeit war . . . noch immer äußerst ungenügend, zum Teil jämmerlich schlecht."** Das ist das Eingeständnis, daß die Moskauer Taktik der Gewerkschaftseroberung bis dato nur Schiffbruch über Schiffbruch erlitten hat. Wir geben uns aber nicht der Illusion hin, daß auf Grund dieser Sachlage die Gewerkschaftsfrage auf dem 11. Parteitag der KPD. nun im revolutionären Sinne aufgerollt und beantwortet wird. Im Gegenteil: der alte Kurs wird konsequent fortgesetzt und die leninistischen Zentralebonzen haben in den vergangenen Monaten alle statuarischen Machtmittel eingesetzt, um auch in der Gewerkschaftsfrage keine grundsätzliche proletarische Opposition aufkommen zu lassen. Ungeachtet dessen wenden wir uns an die Arbeiter der KPD., ihre Stellung zur Gewerkschaftsfrage einer erneuten Prüfung zu unterziehen — trotz aller warnenden Ekkibefehle.

Um die große Frage: „Sind die reformistischen Gewerkschaften zu erobern, zu revolutionieren", positiv beantworten zu können, müssen die KPD.-Proletarier vor allem die Konsequenzen beachten, welche der Glaube an die Möglichkeit der Gewerkschaftsrevolutionierung in sich birgt. Das heißt: es gilt zu erkennen, daß die Theorie von der Eroberung der Amsterdamer Orgeschverbände auf jede andere gesellschaftspolitische Organisation im Grunde genau so zutrifft. Denn es kann doch nicht von der Hand gewiesen werden: wenn die konterrevolutionären Gewerkschaften in revolutionäre Kampforgane umzuwandeln sind, dann war die Trennung des Spartakusbundes von der SPD. ein ebenso großes Verbrechen in der Revolution, wie die von den Moskauer Internationalen verurteilte Spaltung der Gewerkschaften! Dann war es vielmehr die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Spartakusund späteren KPD.-Genossen, in der Noske-Partei zu bleiben und sie zu revolutionieren, denn die SPD. ist in ihrem Ursprung auch eine Arbeiterorganisation und wirklich nicht reformistischer und konterrevolutionärer als die „freien" Gewerkschaften! Dann war ferner auch die Spaltung der USPD. 1920 eine Notwendigkeit, sondern im Gegenteil: ihre Umwandlung zu einer revolutionären Partei von innen heraus wäre für die KPD. gewiß nicht schwerer (eher leichter) gewesen, als es die Revolutionierung des Amsterdamer Orgeschbundes heute nur das. Wenn eine bis ins innerste Mark konterrevolutionäre Organisation wie die Amsterdamer Gewerkschaft revolutioniert werden kann, dann folgt daraus logischerweise, daß auf parlamentarischem Wege auch die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu stürzen ist, daß also das Proletariat mit der Waffe der bürgerlichen Demokratie den Kommunismus erringen kann! Denn wer die Revolutionierung der gewerkschaftlichen Konterrevolution durch den Stimmzettel bejaht, der hat faktisch gar kein Argument, die Möglichkeit der Verwindung des Kapitalismus durch den bürgerlichen Parlamentarismus zu bestreiten! Die Bejahung der Revolutionierung der reformistischen Gewerkschaften bedeutet somit in letzter Konsequenz nichts anderes als die Vermeidung der revolutionären Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Gesellschaft, bedeutet praktisch die Anerkennung der sozialdemokratischen Utopie „durch (bürgerliche) Demokratie zum Sozialismus"!

Diese Zusammenhänge zeigen bereits deutlich, daß die Politik der Revolutionierung einer konterrevolutionären Organisation ein verfehltes Beginnen ist. Eine solche Taktik kann den revolutionären Proletarier in konkreten Fällen als ratlos und schädlich für den modernen Klassenkampf abgelehnt — und damit vollkommen richtig gehandelt. Die Kommunisten haben sich aus der SPD. losgelöst und die USP. gespalten in der Erkenntnis, daß die sozialdemokratischen Führer wegen ihrer reformistischen Versumpfung unfähig sind, auch nur hindernd sind für die Vorwärtstreibung der proletarischen Revolution. Die Kommunisten haben ferner begriffen, daß der kapitalistische Staatsapparat nicht mit dem Stimmzettel für die Arbeiterklasse zu erobern ist, sondern mit der Waffengewalt zertrümmert werden muß, — und die KPD.-Arbeiter müssen weiter endlich erkennen, daß auch der Glaube an die Möglichkeit der Gewerkschaftsrevolutionierung im krassesten Widerspruch steht zu der im Marxismus wurzelnden revolutionären Staatstheorie Lenins! Wie die staatliche Organisation der Bourgeoisie, wie die kapitalistischen Wirtschaftsverbände und ihre parlamentarischen Parteien, wie die Noske-Sozialdemokratie vom klassenbewußten Proletariat niemals für seine revolutionären Zwecke benutzt werden können, so sind auch die konterrevolutionären Gewerkschaften nicht in revolutionäre Kampforgane umzuformen. **Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Sozialreform und Revolution macht den Kommunisten zur gebieterischen Pflicht, nicht nur gegenüber der Sozialdemokratie, sondern auch gegenüber den Gewerkschaften den politischen Trennungsstrich zu ziehen, da die Spaltung und möglichst weitgehende Zertrümmerung aller kapitalsstützenden reformistischen Arbeiterorganisationen eine unerläßliche geschichtliche Voraussetzung ist für den Aufmarsch der kampffähigen Proletariermassen in einer revolutionären Klassenfront!**

Die Unmöglichkeit der Gewerkschaftsrevolutionierung kann auch nicht widerlegt werden mit dem Hinweis auf die **„russischen Erfahrungen"**, die bekanntlich ein Kernstück in der Argumentation der 3. Internationale sind. Denn die sogenannten russischen Erfahrungen sind bei Lichte besehen nichts anderes, als eine bewußte Tatsachenentstellung! **Die russischen Proletarier hatten es nämlich gar nicht nötig, die Gewerkschaften zu zerschlagen,** weil diese bis zum Ausbruch der Revolution von 1905 illegal gearbeitet hatten und — soweit sie schon vorhanden waren — im Feuer der Revolution, durch die Wucht der einsetzenden Massenstreiks und politischen Auseinandersetzungen gezwungen waren, mit politischen Kampfparolen auf den Plan zu treten! Die Frage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts spielte zusammen mit der Vereins- und Versammlungsfreiheit im Anfangsstadium der Revolution 1905 eine wichtige Rolle und ließ die russischen Arbeiter nicht wie die deutschen nach dem Sturze des wilhelminischen Regimes nur in Lohnbewegungen sich ergehen, sondern zwang sie zu politischen Kämpfen mit dem Zarismus. Selbst die Organisationen der Angestellten und Freien Berufe, vor allem aber die Gewerkschaft der Eisenbahner (die sich erst alle während der Revolutionsbewegung bis Ende April 1905 gebildet hatten), zwang die Revolution in den Bann politischer Auseinandersetzungen, die sich zu einem Machtkampf gegen die Kapitalistenklasse auswuchsen. Auch die Niederschlagung der 1905er Revolution und das Einsetzen der blutigen zaristischen Willkür drängte die russischen Proletarier mit Ausnahme der Intellektuellen, nicht in den Sumpf kleinbürgerlicher Reformbestrebungen, sondern hielt sie im Gegenteil bei der illegal vorgenommenen Arbeit in revolutionärer Bahn. — Als die Revolution nach dem militärischen Zusammenbruch des Zarismus im Jahre 1917 sich wieder erheben konnte, fielen die russischen Industriearbeiter als Avantgarde des Proletariats die revolutionäre Tradition von 1905 neu aufleben, in Form von Deputiertensowjets zu schaffen. Nichts von der Gewerkschaftspolitik des Paktierens mit dem Unternehmertum in den Arbeitsgemeinschaften kurz vor und in der Revolution, wie wir es in Deutschland täglich sehen, hafteten den russischen Proletariern an und machte sie daher allmählich reif in dem Gedanken zur Ergreifung der politischen Macht, der Errichtung der proletarischen Diktatur. Die verhältnismäßig leichte Umstellung des russischen Gewerkschaftssystems auf den revolutionären Klassenkrieg beweist, daß es nicht konterrevolutionär war und nicht zertrümmert werden brauchte, um ein Neues an dessen Stelle zu setzen. **Rußlands blutige Gewerkschaften der Revolutionsepoche können also in keine Beziehung verglichen werden mit den seit einem Menschenalter bestehenden, fest eingewurzelten und verknöcherten, reformistischen Gebilden und all ihren philegmatischen Einrichtungen, wie es besonders die deutschen Gewerkschaften sind!** Die sogenannten russischen Erfahrungen beweisen alles andere — nur nicht, daß es möglich ist, die reformistischen Organisationen vor dem Siege des Proletariats über die Bourgeoisie in Werkzeuge des revolutionären Klassenkampfes zu verwandeln. **Die Taktik der Revolutionierung konterrevolutionärer Gewerkschaften: — das ist in Wirklichkeit keine Erfahrung des Rußlands der Oktober-Revolution, sondern ein kleinbürgerliches Produkt des Rußlands der antikommunistischen „Neuen Oekonomischen Politik"!**

Diesen ehernen Tatsachen stehen gegenüber die deutschen Erfahrungen: die Verbrechen der Gewerkschaften im Imperialistischen Kriege und ihre konterrevolutionäre Rolle in den revolutionären Kämpfen des Proletariats, die gewerkschaftliche Unterstützung des „Wiederaufbaues" der Profitwirtschaft und der massenverelendenden kapitalistischen Rationalisierung, die Amsterdamer Streikbruchpolitik im englischen Bergarbeiterstreik und Hamburger Hafenarbeiterausstand, die Förderung der kapitalistischen Hungeroffensive durch die den Lohnzusammenbruch sanktionierende Gewerkschaftspolitik, die planmäßige Wehrlosmachung und Zermürbung des Proletariats durch die Gewerkschaften mittels der Sklavenpeitsche der „Wirtschaftsdemokratie". Diese mit ungeheuren Opfern an Gut und Blut gewonnenen Erfahrungen der gewerkschaftlichen Politik beweisen täglich aufs neue, daß die Amsterdamer Orgeschverbände ein Stück der kapitalistischen Gesellschaft sind und deshalb nicht revolutioniert werden können. Auf all diese teuer erkauften Erfahrungen müssen sich die ehrlichen KPD.-Arbeiter besinnen und unerachtet der Bannflüche der nep-bolschewistischen Renegaten des Kommunismus die Frage so zur Entscheidung stellen: **Entweder unter der Parole „Gewerkschaftseinheit" willenlose Söldner der Amsterdamer Konterrevolution des Kapitalismus bleiben — oder unter der Losung „Zerstörung der gewerkschaftlichen kapitalsbollwerke durch proletarischen Massenaufmarsch in der Allgemeinen Arbeiter-Union" klassenbewußte Soldaten der kommunistischen Revolution sein!** Dies oder das — ein Hüben und Drüben nur gilt!

## Aus dem Schweinestall
### der „revolutionären" Parlamentarier

Wenn der deutsche Reichstag, dieses ohnmächtigste Parlament der kapitalistischen Welt, seine sogenannten „großen" Tage hat, spielt sich gewöhnlich immer die KPD. mit zungengymnastischen Spitzenleistungen als diejenige Partei auf, die einzig und allein nur die Interessen des geknechteten und verelendeten Proletariats vertritt. So forderte jüngst erst, beim Wiederzusammentritt des Reichstages, die KPD.-Fraktion eine 40prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Verbot der Ueberstunden sowie Verkürzung der Arbeitszeit zwecks Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und ähnliches mehr.

Diese Forderungen der KPD., so unerfüllbar sie auch innerhalb des kapitalistischen Systems sind, wird sicher kein Erwerbsloser als bewußten Arbeiterverrat betrachten.

Doch die deutsche Quasselbude hat hin und wieder auch ihre wirklich großen Tage, **wo die KPD.-Parlamentarier ihr Löwenfell mit dem Schafspelz vertauschen und als regelrechte Sachwalter kapitalistischer Interessen auftreten!** Die leninistische Presse berichtet von diesen merkwürdigen Beispielen des „revolutionären" Parlamentarismus natürlich kein Sterbenswörtchen, weshalb wir den Proletariermassen klaren Wein einschenken müssen.

Die KPD. treibt eine Politik des Arbeiterverrats? Jawohl! Das ist keine „antibolschewistische Verleumdung", denn hier sind etliche Beweise:

**Die KPD. für Ausbau der Reichswehr und Marine!**

Im Jahre 1926 beantragte die KPD. — Drucksache Nr. 2163) — zusammen mit der Sozialdemokratie und sämtlichen bürgerlichen Parteien des Reichstags die Einsetzung folgender Beamtenstellen bei Reichswehr und Marine:

I. Heeresetat:

In Gruppe a)
- 1 X 10 Verwaltungsoberinspektoren
- a) 1 IX 39 Regierungsoberinspektoren
- a) 1 VIII 72 Regierungsinspektoren
- a) 1 VII 62 Oberregierungssekretäre
- a) 1 VII 7 Betriebssekretäre
- a) 1 VI 6 Verwaltungssekretäre

(Das stinkt sehr nach Schwarzer Reichswehr. Die Red.)

Für die Marine forderte die KPD. mit den Bürgerlichen unter anderem:

3 Intendanturamtsmänner, 9 Intendanturbeamteninspektoren, 20 Intendanturinspektoren usw.